

Lübecker Volksbote.

Organ für die Interessen der werththätigen Bevölkerung.

Telephon Nr. 926

Mit der illustrierten Sonntagsbeilage „Die Neue Welt“.

Telephon Nr. 926

Der „Lübecker Volksbote“ erscheint täglich Abends (außer an Sonn- und Festtagen) mit dem Datum des folgenden Tages und ist durch die Expedition, Johannisstraße Nr. 50/52, und die Post zu beziehen. — Preis vierteljährlich M. 1.60. Monatlich 55 Pfg. — Postzeitungskarte Nr. 4069, sechster Nachtrag.

Die Anzeigengebühr beträgt für die viergespaltene Zeile oder deren Raum 15 Pfg., für Versammlungs-, Arbeits- und Wohnungsanzeigen nur 10 Pfg., auswärtige Anzeigen 20 Pfg. — Inserate für die nächste Nummer müssen bis 9 Uhr Vormittags, größere tags vorher, in der Expedition abgegeben werden.

Nr. 45.

Dienstag, den 23. Februar 1904

11. Jahrg.

Hierzu eine Beilage

Rußland und Japan.

Vom ostasiatischen Kriegsschauplatz liegen Nachrichten über weitere kriegerische Operationen zurzeit nicht vor. In Port Arthur beginnt man sich allen Ernstes auf eine japanische Belagerung gefaßt zu machen. Auf Befehl des Statthalters Alejew wird ein Freischärlerkorps zur Verteidigung der Festung formiert. Die Freischärler erhalten vom russischen Staat Waffen, Verpflegung und, wenn nötig, Bekleidung. Am Horizont zeigen sich zeitweise feindliche Schiffe. Gerüchten zufolge befinden sich japanische Schiffe noch immer in russischen Gewässern. Man nimmt an, daß die Japaner nach Port Arthur bestimmte Lebensmittel als absolute Kriegsfornitende betrachten. Nach dem Gescheh vom 9. Februar scheinen sich die Japaner die Aufgabe zu stellen, Port Arthur durch Belagerung zur Uebergabe zu zwingen. Ferner wird der „Russischen Telegraphenagentur“ aus Port Arthur gemeldet: General Pflug berichtet, daß die Lage in Port Arthur unverändert ist. Ein Ueberstechen des Dalususses unterhalb Schachedzu (?) ist unmöglich. Von Widschu kommende Kosaken fingen den japanischen Major Tatzujapo, fünf Mann und zwei Zivilpersonen. Die Nachrichten vom Feinde sind widersprechend und laufen spärlich ein. Die Mandschurei ist ruhig.

Aus Charbin, wo sich die sibirische Bahn trennt, um entweder die Richtung auf Wladiwostok oder aber auf Port Arthur zu nehmen, wird berichtet: Die Eisenbahn ist fahrbar. 405 Japaner, welche die Brücke über den Sungari sprengen wollten, sind hingerichtet worden. Es wurden Eiskugeln unter japanischer Führung bemerkt, die Befolgung der Befehle wurde aufgenommen. Die Bevölkerung der Stadt ist ruhig. Die meisten Einwohner sind abgereist. Auf der Eisenbahn herrscht lebhafter Verkehr von Truppentransporten. Alle japanischen Arbeiter, die auf der Eisenbahnlinie beschäftigt waren, sind geflohen. Die chinesischen Arbeiter haben nach dem chinesischen Neujahr die Arbeit wieder aufgenommen.

Nach einer Meldung aus Schanghai hat der Kapitän des dort liegenden russischen Kanonenbootes „Mandschur“ mit dem japanischen Konsul vereinbart, daß das genannte Kanonenboot demontiert werden, und als nicht kombattant in Schanghai liegen bleiben soll. Anlaß zu dieser gütlichen Vereinbarung gab der Umstand, daß ein japanischer Kreuzer den „Mandschur“ vor Schanghai erwartete, um ihn abzufangen oder in Grund zu bohren.

Ueber die Entgleisung eines russischen Militärzuges wird aus Petersburg gemeldet: Während eines heftigen Schneesturmes in der Nacht zum 19. d. Mts. stürzte auf der Transbaikal-Wahn bei der Station Baikal kurz vor dem Passieren eines Militärzuges von den Bergen eine Schneemasse herab; die Lokomotive des Militärzuges fuhr in diese Schneemasse hinein und entgleiste. Von den in den fünf folgenden Waggons befindlichen Soldaten kam einer ums Leben, fünf wurden schwer und vierzehn leicht verwundet. Am Nachmittag sollte der Verkehr wieder hergestellt sein.

Das russische Geschwader im Roten Meere fährt nicht nach Ostasien, sondern hat kehrt gemacht und fährt nach Hause zurück. — Befähigt sich diese Meldung, erhält also die russische Flotte in Ostasien keine Verstärkung, so sind die Russen außer Stande, sich den Japanern gegenüber zur See zu behaupten, da die japanische Flotte der russischen Wladiwostok Flotte und den Russen der vor Port Arthur gelegenen Flotte bei weitem überlegen ist. Nach dem deutschen „Militärwochenblatt“ stellen sich nämlich die Stärkeverhältnisse der Kriegführenden zur See in Ostasien augenblicklich wie folgt:

	Rußland	Japan
Linienfahrzeuge	5 (+ 2 beschädigte)	7
Kanonenkreuzer	4	8
Geschützte Kreuzer	4 (+ 2 beschädigte)	17

13

32

Berücksichtigt man ferner noch, daß die japanischen See- und Landkräfte schnell zu vereinigen, die russischen dagegen in zwei räumlich sehr weit getrennte Gruppen getrieben sind, so muß den Japanern zur Zeit das Übergewicht zur See unbedingt zugesprochen werden. Der japanischen Landung auf dem ostasiatischen Festland wird daher von der Seeseite keine Gefahr drohen.

Ueber einen amerikanisch-russischen Zwischenfall meldet „Reuters Bureau“ aus Washington: Rußland hat den Staatssekretär Hay benachrichtigt, daß es dem zum amerikanischen Konsul in Dalny ernannten Morgan das Exequatur (die Anerkennung) nicht erteilen könne. Dieses allerdings nicht unerwartete Borgehen ist der Gegenstand erster Erwägungen im amerikanischen Staatsdepartement. Die Antwort an Rußland ist noch nicht beschlossen. Der Grund für das Vor-

gehen Rußlands liegt darin, daß es während des Krieges keine ausländischen Beamten auf der Halbinsel Mantschurien wünscht. Hierzu wird hier mitgeteilt, daß sich die Entscheidung im Falle Morgans nicht auf die Konsuln in Mandschurien und Antung erstreckt. Das Staatsdepartement betrachtet die Mandschurien als eine chinesische Provinz und würde sich deshalb für die Erteilung des Exequatur an China wenden und keiner anderen Macht das Recht einer Einmischung zuerkennen. Morgan, der jetzt auf der Reise nach seinem Posten begriffen ist, wird nach San Francisco fahren und dann Yokohama berühren.

Die nationale japanische Anleihe ist bereits zweimal überzeichnet worden. Wie ferner aus dem Haag gemeldet wird, erteilte Japan allen Baumwoll- und Leinwandwebereien Nordbrabants bedeutende bringende Aufträge, die die Gesamtproduktion absorbieren.

Die Nachrichten über die angebliche Begeisterung des russischen Volkes für den Krieg gegen Japan erweisen sich immer mehr als Schwindel; alle Nachrichten, die auf nicht offiziellem Wege aus Rußland zu uns bringen, deuten im Gegenteil darauf hin, daß bei der russischen Jugend sehr wenig Lust vorhanden ist, sich für das Zarentum im fernen Osten zu schlagen. Die Zahl der Deserteure ist denn auch dieses Jahr gewaltig gestiegen. Aus verschiedenen Gegenden Rußlands und Littauens wird berichtet, daß dieses Jahr eine viel größere Zahl stellungspflichtiger Jünglinge der Stellung ferngeblieben ist, als gewöhnlich. In den letzten Wochen aber fangen die jungen Soldaten an, aus dem Heere zu entlaufen, besonders jene, denen die Entsendung nach dem fernen Osten droht. Auch bestätigt sich die Nachricht, daß am 4. Februar preussische Gendarmen zehn solcher Deserteure gefangen und sie in Gzladz bei Sosnowice („Sosnowitz“) den russischen Behörden ausgeliefert haben. Im Gymnasium zu Kielce (Hauptstadt des gleichnamigen Gouvernements an der österreichischen Grenze) wurde eine Laterna magica-Vorstellung für die Schüler veranstaltet. Unter vielen andern Bildern erschien auch das Porträt des Zaren Nikolaus II. auf dem Wandbilde. Auf diese Vorführung des Landesvaters reagierten die Gymnasialisten mit einer stürmischen Protestdemonstration; schließlich schlugen sie dem Direktor und den Professoren die Fenster ein. Für die Stimmung in Petersburg bezeichnend ist eine Mitteilung des „Daily Telegraph“, wonach der Zar angeordnet hat, die Veranstaltung von Straßenauflagen und anderen öffentlichen Ansammlungen möglichst zu verhindern. Er wurde dazu veranlaßt durch einen Vortrag des Ministers des Innern, der der Befürchtung Ausdruck gab, die Straßendemonstrationen würden zu revolutionären Zwecken mißbraucht werden. Aus diesem Grunde wurde auch vor einigen Tagen eine Volksmenge, die sich auf dem Newsky-Prospekt angesammelt hatte, von den Kosaken mit Peitschenhieben auseinandergetrieben. In besonderen Fällen, z. B. bei der Feier eines großen russischen Sieges, der allerdings erst noch errungen werden soll, sollen dazugehörige Volksansammlungen keine Hindernisse bereiten werden.

Deutscher Reichstag.

Original-Bericht des „Lübecker Volksbote“.

Berlin, den 19. Februar 1904.

Der Postetat.

Der Reichstag schloß am Sonnabend die Generaldebatte über den Postetat, die sich beim Titel „Staatssekretär“ entwickelt hatte. Eine große Rolle in den Verhandlungen spielte der Konflikt zwischen Herrn Kopsch und Herrn von Gerlach. Was sachlich der merkwürdigen Sorte Liberalismus entgegenzuhalten ist, die in Herrn Kopsch einen skrupellosen Klopfschreiber findet, besorgte Genosse Wolfenbühler in mustergetreuer Weise. Er rückte den Wahlspruch dieses Richter-Böglings: „Nicht nach unten heben, sondern nach oben überzeugen“ ins recht Licht und rangierte die „Freisinnige Zeitung“ als Scharfmacherorgan verdienter Mägen zwischen „Hamburger Nachrichten“ und „Post“ ein. Ebenso treffend war die Erwiderung, die unser Redner dem Staatssekretär zuteil werden ließ. Herr von Gerlach enttäuschte in seiner ersten Rede, die er gegen Herrn Kopsch hielt, ungemein. Die Erwiderung war matt und kraftlos, berührte unruhig bald den einen, bald den andern Punkt und war allzusehr auf eine weinerliche Klage über die Uneinigkeit des Liberalismus gestimmt. Erst in einer zweiten Rede fand Herr von Gerlach mehr Humor in der Abwehr der schulmeisterlich platten Tiraden seines Gegners. — Sonst gab es noch eine Polenrede, die am Montag bei der Erörterung der Ostmarkenzulage für die Postbeamten ihre Fortsetzung finden wird. Alle Resolutionen, die zu dem Titel „Staatssekretär“ vorlagen, und die Statistiken über die Dienstzeit und die Erkrankungen der Postbeamten, Freigabe der katholischen Feiertage für sie in katholischen Gegenden, Postfreiheit der Briefe von

Soldaten und Postanweisungskuberts forderten, wurden gegen die Stimmen der Rechten und teilweise auch der Nationalliberalen angenommen. Am Montag wird der Postetat weiter beraten.

38. Sitzung. Nachmittags 1 Uhr.

Am Bundesratsstisch: Kraetke.
Die zweite Beratung des Postetats wird beim Titel „Staatssekretär“ fortgesetzt.
Wolfenbühler (Soz.): Der Herr Staatssekretär hat gestern wieder recht scharf das Vorgehen der Post in den polnisch sprechenden Teilen Deutschlands verteidigt. Er behauptet, die Polen hätten angefangen mit Schikanen, und die Post tue nur ihre Pflicht. Daß die Polen angefangen haben, ist allerdings klar. Polnisch wurde dort schon gesprochen, lange ehe jene Gebiete preussisch wurden. (Sehr richtig! h. d. Polen.) Man sollte doch glauben, daß es kein natürlicheres Recht gebe, als das des Gebrauchs der Muttersprache. Und noch stets hat es sich in der Tat als unmöglich erwiesen, die Muttersprache auszurotten. Wenn Preußen 1812 französisch geworden wäre, so würde auch heute noch in den betreffenden Gegenden deutsch gesprochen werden. (Sehr gut! h. d. Soz.) Daher ist es ganz unberechtigt, Leute wegen des Gebrauchs ihrer Muttersprache zu belästigen. Die Post ist noch dazu das allerungeeignetste Institut, um eine Nationalität auszurotten. Sie ist lediglich ein Verkehrsinstitut und sollte ihren Stolz daran setzen, besonders feindlich zu sein. In den Ostprovinzen zeigt sich eine gewisse Virtuosität in dem Nichtauffinden von Adressaten. (Sehr richtig! h. d. Soz. u. Polen.) Man sucht ja nun dieses Verkehrsinstitut zu einer politischen Einrichtung zu machen und dabei kommen die rückständigsten Anschauungen zu Tage. Man will den Arbeitern dieses Verkehrsinstituts nicht das gleiche Recht einräumen, wie jedem andern Arbeiter; das freie Koalitionsrecht. Merkwürdige reaktionäre Anschauungen wurden gestern aus den Kreisen der Freisinnigen geäußert. Herr Kopsch sprach nach Herrn Stöcker, von dem wir gewohnt sind, rückständige Ansichten zu hören. In diesem Falle aber war Herr Stöcker der reine Revolutionär gegen Herrn Kopsch. (Lebhafte sehr richtig! h. d. Soz.) Herr Kopsch vertrat die Meinung, man müsse nicht durch Heben nach unten, sondern durch Ueberzeugen nach oben wirken. Das ist in diesem Hause seit dem Tode Kleinscheidts nicht gehört worden. Die freisinnige Volkspartei hat sich damit weiter nach rechts entwickelt, als ihre schlimmsten Gegner jemals behauptet haben. (Sehr gut! bei den Soz.) Herr Kopsch hat sich zu den Grundfragen der Metternich und Dambach bekannt, die das Volk auf den Barrikaden von 1848 endgültig beseitigt hat. Und Herr Kopsch vertritt die Ansicht seiner Partei; denn der Satz steht in der Freisinnigen Zeitung: Jager gesperrt. Gemäß versteht Herr Kopsch unter „Heben“ dasjenige, was die Schatzmacherblätter damit sagen wollen, die „Hamburger Nachrichten“, die Freisinnige Zeitung und die „Post“ (Große Heiterkeit links.) Wie wollte denn beim Postetat im Jahre 1898 der Reichstag nach oben überzeugen! Er frucht 6000 Mk. vom Gehalt des Staatssekretärs (Heiterkeit) und verspricht es zu erhöhen, wenn die Lage der Unterbeamten verbessert sei. Auch der etwas matte Satz des Staatssekretärs, „vom Koalitionsrecht der Postbeamten sei nicht die Rede“ und die Ausführungen des Herrn Schrader kamen darauf hinaus, daß die Postbeamten doch nicht der Gewerbeordnung unterliegen. Aber wo steht denn das gesetzliche Verbot des Koalitionsrechtes für die Postbeamten? Die Verordnungen der Postbehörde stellen eine Auslenkung gegen die Reichsgesetzgebung dar. (Sehr richtig! bei den Sozialdemokr.) Der Hinweis auf die Disziplin kann nichts gegen das Koalitionsrecht der Postbeamten sagen. Die Disziplin muß sich in allen Großbetrieben mit dem Koalitionsrecht abfinden. Ganz wie Herr von Stumm sagte der Staatssekretär, ich kann doch nicht mit den Organisationen verhandeln. Aber der englische Postminister tut das, ohne daß der Betrieb darunter leidet. (Sehr richtig! bei den Soz.) Der Hamburger Beamte ist entlassen worden, weil er erzahlt hat, daß er eine Schmalzbrat in einer abgelegenen Straße verzehrt habe. Ja, ist es denn den Beamten verboten, die Wahrheit zu sagen? Sollen sie denn gemungen werden, zu lügen? Nach den allgemein üblichen Sätzen, sagt der Staatssekretär, bezahle er die Beamten. Württemberg und Bayern zahlen höhere Gehälter als die Reichspostverwaltung. In Amerika besteht die Bestimmung, daß der Generalpostdirektor sechs mal mehr als ein Briefträger erhält. Wenn bei uns nach einem ähnlichen Maßstabe das Gehalt bemessen würde, dann würden die höheren Beamten sehr bald Verständnis für die Lage der unteren Beamten bekommen. (Sehr gut! bei den Soz.) Der Herr Staatssekretär beruft sich darauf, daß sich soviel Leute als Beamte für seinen Dienst melden. Das ist ein Beweis für die schlechte wirtschaftliche Lage unseres Volkes, aber kein Beweis, daß die Beamten besonders gut bezahlt werden. Redner wünscht, daß bei der Dienstzeitstatistik die tatsächliche Dienstzeit festgesetzt wird, nicht die dienstplanmäßige, die häufig überschritten wird, und daß nur solche Pausen als Pausen zählen sollen, die mindestens eine Stunde betragen. Zum Schluß spricht Redner den Wunsch aus, daß in der Nordweststadt ein Ueberfeld ein Postamt errichtet werde.

Dr. v. Jaazdowski (Polen): Durch die Behandlung der polnischen Adressen werden die Bestimmungen der Postordnung wie des Weltpostvereins verletzt. Beide schreiben vor, daß die Aufschrift in einer am Ort des Adressatens verständlichen Sprache abgefaßt sein soll und dann

bestellt werden muß. Aber es ist ja klar, daß in den Disprovinzen Geheimerrlässe den Beamten verbieten, Briefe mit polnischer Aufschrift anzunehmen. Dem Unwesen der Nebenbesetzungsbureaus muß endlich ein Ende gemacht werden. (Bravo! b. d. Polen.)

Staatssekretär Kraetke: Die Zahl der Briefe mit polnischen Adressen ist nach dem Jahre 1900 laminenartig angewachsen, so daß die Postbeamten die Arbeit kaum bewältigen konnten. (Hört, hört! rechts.) Von den Konfessionen wird nur die Bezeichnung „portopflichtige Dienstfache“ deutsch geschrieben. (Heiterkeit.) Die Prübsche geben den Firmen, die ihre Briefurkunde deutsch adressieren, keine Aufträge. Wir kommen den Polen gerne entgegen, aber unter ihr Joch lassen wir uns nicht zwingen. (Bravo! rechts.)

Werner (Antif.): Auch wir vermerken die Diskontinuität, falls sie nur widerrechtlich gegeben werden soll. Eine Gehaltsaufbesserung wäre für alle Postbeamten am Platz. Auch wir wollen nicht nach unten blicken, sondern nach oben überzeugen. (Bravo! bei den Antif.)

Erzberger (3.): Wenn die männliche und weibliche Linie des Freisinnigen gestern hier eine Extratour aufgeführt haben, so wird das Zentrum deswegen keinen roten Kopf bekommen. (Sehr richtig.) Die weibliche Linie kann ja jederzeit in den liebevollen Armen der Herren Singer und Bebel Aufnahme finden. (Heiterkeit i. Ztr. Unruhe b. d. Soz.) Herr Singer hat im vorigen Jahre anerkannt, daß das Zentrum immer für die Postbeamten eingetreten ist. Auch unsere bayerische Fraktion hat sich der Koalitionsfreiheit der Beamten angenommen. Gerade die Sozialdemokratie greift die Organisation der Postbeamten in Süddeutschland an. (Hört! hört! i. Zentr. Zuruf des Abg. Hildebrand [S.D.]) Es handelt sich dabei nicht um eine konfessionelle Vereinigung, Kollege Hildebrand! Sachlich stimmen wir mit Herrn Singer im wesentlichen überein. Die norddeutschen Postbeamten haben mindestens ebensoviel Disziplin wie die süddeutschen. Redner begründet eingehend die Resolution des Zentrums und bringt kleinere Spezialwünsche vor.

Mexger (S.D.) beklagt sich über die Verschlechterung der postalischen Verhältnisse in Finkenwärder b. Hamburg und verlangt schleunige Abhilfe.

Krösel (Ant.) macht der Postverwaltung zum Vorwurf, daß sie im Interesse der Leipziger Großindustriellen dort einen erweiterten Sonntagsdienst eingeführt habe. Redner tritt weiterhin für die Positionen der höheren Beamten ein.

Schweichardt (Südd. Vp.) befürwortet die Resolution Erzberger auf Fortschrittlichkeit der Soldatensendungen.

Dr. Potthoff (Fg.): Die Angriffe des Herrn Kopisch auf meinen Freund v. Gerlach sind dieser selbst Gelegenheit haben, gebührend zurückzuweisen. Ich muß aber leibhaftig den Ton bedauern, dessen der Abg. Kopisch sich gestern bediente. Damit wird dem Ziele einer Einigung des Liberalismus nicht gedient. Es gäbe für die freisinnigen Reichstagsabgeordneten wohl höhere Ziele, als das kleine Häuflein der bürgerlichen Linken durch solche überflüssige Angriffe zu schwächen und dadurch auf der rechten Seite und Schandensprüche zu erregen. (Zuruf b. d. Fg.) Auch die Wähler sind gewiß der Meinung, daß wichtiger als solche Kassalgerien die liberale Sache ist.

Präsident Graf Ballestrin (unterbrechend): Der Ausdruck „Kassalgerien“ ist nicht parlamentarisch. Wir sind doch keine Kasern! (Gr. Heiterkeit.)

Staatssekretär Kraetke erklärt, die im Laufe der Debatte vorgebrachten Beschwerden prüfen lassen zu wollen, eventuell werde für Abhilfe gesorgt werden.

v. Gerlach (Fg.): Herr Kopisch hat gestern meine ganz vorübergehende Erwähnung der freisinnigen Zeitung dazu benutzt, um vom Leder zu ziehen. Seine Ausführungen wirkten etwas komisch insofern, als er sich die erdenklichste Mühe gab, zu schütteln und zu schütteln, bis ihm der Präsident das weitere Schütteln untersagte.

Präsident Graf Ballestrin (unterbrechend): Ich bitte Sie, meine Bemerkungen nicht in den Bereich Ihrer Äußerungen zu ziehen, weder wohlwollend noch unwohlwollend. (Heiterkeit.)

v. Gerlach (fortfahrend): Ich entsinne mich nicht, jemals auf einem dünnen Baum gesessen zu haben, von dem Herr Kopisch mich herunterzuschütteln sich bemühte — vielleicht ist es auch nur ein dünner Ast auf einem sonst besseren Baume. Das die Einigung des Liberalismus betrifft, so hat die süddeutsche Politik zu meiner Freude beigetragen.

Präsident Graf Ballestrin (unterbrechend): Die Einigung des Liberalismus gehört nicht zum Postfach. (Gr. Heiterkeit.)

v. Gerlach (fortfahrend): Charakteristisch war, daß die Rechte den Ausführungen des Herrn Kopisch jubelnd zustimmte. Die Ausdrucksweise von Herrn Kopisch ist ja auch ganz die der Rechten. (Sehr richtig! links.) Herr Kopisch dürfte im Besitz des Selbstbewusstseins nur noch überlegen sein. Hat er doch kürzlich erklärt: „Ich werde meine Reden als mein geistiges Eigentum erklären.“ (Stürmische Heiterkeit rechts u. b. d. Soz.) Bei den Zeiten des Demophilus bis etwa auf Bismarck und Chamberlain hat man keine derartige Unvorsichtigkeiten des geistigen Eigentums erlebt, wie sie hier erfolgt ist. Dem Herrn Staatssekretär will ich zugeben, daß ich in Hamburg kürzlich gesprochen habe als in Berlin. Aber selbst ein Redakteur des Hamburger „General-Anzeiger“, ein Parteigenosse des Herrn Kopisch, erklärte, daß er in meiner Rede keinen ausstehenden Charakter habe entdecken können. Solange die Nachahmung des unbedingten Organisations-, Disziplin- und Beherrschungswortes der Postbeamten nicht erfüllt ist, werden wir mit unserer Kritik nicht aufhören können. (Bravo! links.)

v. Siedow (A.): Den Ausführungen des Herrn von Gerlach haben wir demnach gegenüber. Insbesondere hat er für die Fortsetzung des vollen Koalitionsrechts nicht zu haben. (Sehr richtig! rechts.) Abzuziehen sind meine Freunde weit davon entfernt, daß die geistigen Ausführungen des Abgeordneten Siedow zu eigen zu machen.

Kopisch (Fg.): Meine Worte haben sich nicht gegen die freisinnige Zeitung, sondern nur gegen die Freisinnigen gegen den nationalpolitischen Herrn von Gerlach gerichtet. Das Interesse des Gesamtliberalismus liegt mir ebenso am Herzen wie Herrn Dr. Potthoff, aber gerade deshalb magte ich gewisse Behauptungen abweisen, die mit dem Ziele des bürgerlichen Liberalismus nicht zu tun haben. (Sehr richtig! bei der Frau Kopisch.) Herr Siedow hat im Abgeordnetenhaus Herrn v. Gerlach einen weissen Kopf gegeben, wie ich Herr von Gerlach. Auch das ist das Wort „Schütteln“ so häufig benutzte, wie ich schon sagte, sondern daß diese Komposition von der verabschiedeten Partei Herrn von Gerlach gegenüber Platz greifen mag. Seine Behauptungen stimmen mit den Sachverhalt überein. (Zuruf des Abg. Hildebrand, M.) — Da hat man Herr von Gerlach. (Heiterkeit.) Ich wünsche Herrn von Gerlach glückliche Reise zum Reichstag.

demokratie. (Große Heiterkeit, lebhafter Beifall rechts und b. d. Fg.)

Womisen (Fg.): Bei seinen Ausführungen über den Postunterbeamtenverband ist Herr Gerlach in voller Übereinstimmung mit unserer Fraktion, der er als Hospitant angehört, gewesen. Gegenüber den Angriffen des Herrn Kopisch auf Herrn v. Gerlach erkläre ich, daß wir uns durch derartige Angriffe auf ein einzelnes Mitglied nicht herauslösen lassen. Das halten wir im Interesse des Liberalismus für das Beste. (Bravo! links.)

v. Gerlach (Fg.): Herr Kopisch schloß unter großem Beifall der Rechten, indem er mir glückliche Reise zur Sozialdemokratie wünschte. Diese Neuerung ist keineswegs sein „geistiges Eigentum“ (Große Heiterkeit). Sie gehört zu dem ständigen Repertoire der Wanderredner des Bundes der Landwirte, soweit sie unterhalb zweiter Güte stehen. (Heiterkeit.) — Herr Kopisch hat wieder von meinen politischen Wandlungen gesprochen. Vom Bunde der Landwirte bin ich ausgeschlossen, weil ich den Gegensatz zwischen Groß- und Kleinbesitzern zu sehr betont hatte. Das konnte mich nur freuen. Herr Liebermann v. Sonnenberg brachte in Bezug auf meine Wandlungen ein Verschen vor. Mir ist auch ein Verschen zugegangen, ein Vers von Goethe: Die durch Irrtum zur Wahrheit reisen, Das sind die Weisen; Die im Irrtum verharren, Das sind die Narren.

(Große Heiterkeit.) Damit schließt die Diskussion. Der Titel Staatssekretär und die vorliegenden Resolutionen werden angenommen. Hierauf verlegt das Haus die Weiterberatung auf Montag 1 Uhr. Außerdem Etat des Reichseisenbahnbaus. Schluß 6 1/2 Uhr.

Politische Rundschau.

Deutschland.

Die Reichstagswahl im 20. sächsischen Wahlkreis Marienberg-Gschoppau für unseren verstorbenen Genossen Rosenow findet bereits am 18. März statt; es bleiben also nicht ganz vier Wochen Zeit für die Wahlbewegung übrig. Die sächsische Regierung will offenbar die Aufregung der Wahlbewegung abkürzen. So kurz die Frist, so haben wir doch Zeit genug, die Wähler nicht nur über die reichsbedeutende, sondern namentlich auch über die sächsische Politik aufzuklären. Die Wahlrechtsfrage und die Haltung der Regierung und der Parteien in dieser wichtigen Frage wird dabei eine große Rolle spielen, die Wahl wird zu einem Volksurteil über die sogenannte Reform der herrschenden Klasse werden. Aber einigermassen unvorsichtig finden wir es von der Regierung, daß sie den Wahltag auf den 18. März, jenes historische Datum der Revolution, verlegt hat, das durch die unerfüllten Volksforderungen so viele Beziehungen zu der Gegenwart hat. — Die Nachwahl für den 16. hannoverschen Wahlkreis (Lüneburg) soll nach einer Meldung des „Lüneburger Tageblattes“ bereits am 14. März stattfinden. Demnach würden uns vom Wahltag nur noch drei Wochen trennen.

Der Platz an der Sonne. Die Budgetkommission des Reichstags beriet am letzten Freitag über den Etat der ostasiatischen Expedition, und die Unzufriedenheit mit der chinesischen Abenteuerpolitik kam dabei allgemein zum Durchbruch. Selbst der kolonialpolitisch unverbrossene Herr Paasche äußerte unverbohlen sein Mißvergnügen und erzählte von einem in Ostasien stationierten Major, der, wie er bestimmt wisse, seiner Frau monatlich tausend Mark Ersparnisse nach Hause schickte. Wie später festgestellt wurde, handelt es sich um Offiziere, die an der „provisorischen Regierung in China“ teilnehmen und daher hohe Gehälter beziehen. Besonders unangenehm äußerte sich Herr Müller-Falbe vom Zentrum. Besser wäre es, so meinte er, gewesen, sich überhaupt nicht in die ostasiatischen Dinge zu mischen. Am liebsten bewilligte er gar nichts. Aus ganz Ostasien werde für Deutschland kein Nutzen herauspringen. Kein Mensch glaube mehr daran. Herr Müller und seine Freunde haben eine große Neugierde mit den Geißeln, den Flagellanten des Mittelalters. Wenn sie jetzt die abenteuerliche Kolonialpolitik des Deutschen Reiches auf das schärfste tabeln, schlagen sie damit mit wildem Ungestüm auf sich selber ein. Ohne die ständige treue Hilfeleistung des Zentrums wäre es der Reichsregierung gar nicht möglich gewesen, Deutschlands Bahnen auf das Wasser zu verlegen und Hunderte von Millionen auf Kammerrücklagen zum afrikanischen und chinesischen Handel hinauszuschieben. Es fällt aber dem Zentrum auch heute noch nicht, ja heute weniger als jemals, ein, die Konsequenzen aus seiner Kritik zu ziehen und der Regierung durch Nichtbewilligung des Etats oder wenigstens einzelner Teile desselben den Weg zu einer solchen verhängnisvollen Politik zu verlegen. Wenn Herr Müller-Falbe erklärt, am liebsten bewillige er gar nichts, so ist damit auch schon gesagt, daß die Anwendung des einzigen Mittels, das zur Abhilfe dienen kann, ein platonischer Wunsch des Herrn Müller bleiben werde. Ist es nicht eigentlich toll? Der Sprecher der ausfallgebenden regierenden Partei erklärt, kein Mensch glaube daran, daß aus der kostspieligen ostasiatischen Politik ein Nutzen für Deutschland herauspringen werde. Dasselbe Partei aber und ihr Sprecher haben diese Politik nicht nur bisher durch Subventionen ermöglicht und unterstützt, sondern werden sie auch nach Herrn Müllers tapferen Rede ebenso tapfer weiter unterstützen. Das Deutsche Reich muß wirklich doch eine politische Kinderstube sein, wenn eine Partei, ohne dem allgemeinen Gespött zu verfallen, reden und handeln darf, wie es das Zentrum tut.

Ein Erfolg sozialdemokratischer Kritik. Die Erfahrungen, die die Regierung mit den sogenannten Hummerbrütern gemacht, sind ihr keineswegs unangenehm. Sie hat lehrhaft, um sich etwaige Scherereien in der Zukunft zu vermeiden, an die nach Südwestafrika entsandten deutschen Truppen folgende Verhaltensmaßregeln erlassen: „Es ist den Truppen zur strengsten Pflicht gemacht worden, sich gegen die Eingeborenen keinerlei Rohheiten schuldig zu machen, da jeder einzelne Fall mit der größten Strenge des Gesetzes geahndet würde. Vor der Abreise nach Deutsch-Südwestafrika, auch das der Offiziere, einer genauen Kontrolle, damit kein fremdes Eigentum widerrechtlich entführt wird. Im übrigen ist der Menschheit anzuempfehlen, sich in Briefen an die Angehörigen der Truppen Rücksicht zu betheiligen und

keine übertriebenen und aufgebauschten Schilderungen zu geben; derartige „Beunruhigungen“ seien strafbar und würden ohne Ansehen der Person geahndet werden. Dagegen soll sich jeder Mann nach Möglichkeit genaue Notizen über Ereignisse besonderer Art machen, um sie später dem Kommando zur Verfügung zu stellen.“

Die bayerische Wahlreform. Die Verhandlungen im bayerischen Landtag über die Wahlrechtsreform haben Sonnabend ihre Fortsetzung gefunden. Nachdem Freitag Zentrum und Liberale ihre Stellung zu der Vorlage präzisiert hatten, ist in der Sitzung am Sonnabend die Sozialdemokratie zum Wort gekommen. Ihr Sprecher, Genosse Segitz, führte nach einem telegraphischen Bericht folgendes aus: „Durch die Erklärung der Regierung wird unsere Stellung nicht geändert. Die Regierungserklärung enthält nur Selbstverständliches. Das Verhalten der Liberalen hat die Regierung gezwungen, solche Erklärung abzugeben. Wir halten es geradezu für eine Pflicht der Regierung, wenn das Gesetz scheitert, die Wahlkreiseinteilung durch eine Verordnung zu ändern und kleinere Wahlkreise zu schaffen. Auf eine Einigung des Zentrums und der Liberalen über die Wahlkreiseinteilung ist auf Jahre hinaus nicht zu rechnen, also muß die Regierung vorgehen. Wir werden die Regierung unterstützen, zumal, da wir gegen die Wahlkreiseinteilung der Liberalen sehr vorsichtig sein müssen, denn die Liberalen wollen mit ihrer Wahlkreiseinteilung sich auf unsere Kosten bereichern, nicht auf Kosten des Zentrums.“

Der Redner wandte sich sodann in längeren Ausführungen gegen die Liberalen, welche nur ein Konglomerat von allen möglichen Elementen seien, unentschieden hin und her schwankten, in wichtigen Fragen sich mit dem Zentrum zu verbünden suchten und das freie Wahlrecht nur dann wollten, wenn es ihnen eine Mehrheit bringt. Die Sozialdemokraten hätten jahrelang für die Reform des Wahlgesetzes gekämpft, sie würden jetzt der Vorlage unter Abänderung des Artikels 14 zustimmen. Der nächste Redner, Seeburger (3), vermochte nicht zu interessieren; er gab eine endlose Darstellung der Vorgeschichte des Entwurfs und redete der Freien Vereinigung zu, von dem unfruchtbareren Bündnis mit den Liberalen zu lassen. Auch die nächsten beiden Redner, Böhl (Demokrat) und Gebhard (fraktionslos), sprachen sich für den Entwurf aus. Gebhard hielt jedoch eine Veränderung der Wahlkreiseinteilung für wünschenswert und möglich. Endlich erfolgte die mit Spannung erwartete Erklärung der Freien Vereinigung (Bauernbündler) durch Dürr. Nachdem dieser auf bestimmteste erklärt hatte, daß das Gesetz und die Wahlkreiseinteilung in ihrer gegenwärtigen Form unbedingt unannehmbar seien, ist das Schicksal des Entwurfs endgültig besiegelt, es müßte denn sein, daß schließlich noch ein Teil der Bauernbündler umfällt und dafür stimmt. Die Liberalen haben sich gründlich verrannt; die große Enttäuschung, die sie jetzt mimen, ist aber ganz unbedeutend, denn wenn die Regierung beim Fall der Vorlage die Wahlkreiseinteilung auf administrativem Wege ändert und dabei wirklich gerecht verfährt, so werden dabei himmelschreiende Ungerechtigkeiten beseitigt, von denen allerdings die Liberalen zum Schaden der anderen Parteien und namentlich der Sozialdemokratie profitiert haben. In welcher schamlosen Weise die Liberalen übrigens nur auf ihren Vorteil bedacht sind, geht aus der Tatsache hervor, daß sie noch in den letzten Tagen dem Zentrum vertraulich vorgelegt haben, dieses möge darauf eingehen, daß München, die sozialdemokratische Hochburg, zu ihren Gunsten aufgeteilt werde, dann seien sie bereit, ohne weitere Skatellen für das Gesetz zu stimmen!

Reichstagsdiäten und Reichstagsfreifahrkarten. Die heftigste Zweite Kammer nahm Freitag einstimmig einen Antrag an, durch den die Regierung aufgefordert wird, im Bundesrat zu beantragen, daß den Reichstagsabgeordneten Anwesenheitsgelde sowie freie Eisenbahnfahrt durch das ganze Reich während der Legislaturperiode gewährt werde. In der Erörterung bezeichnete ein Abgeordneter die ablehnende Stellung der preussischen Regierung im Bundesrat gegenüber diesem Wunsche des Reichstags als eine Brückierung der Volkvertretung.

Ueber einen Fall parlamentarischer Korruption wird aus Darmstadt gemeldet: Am Schluß der Sitzung des heftigen Landtags am Freitag verlas der Landtagspräsident Haas folgende vom Abg. Reinhard (N.) und 13 Genossen unterschriebene Interpellation: „Für die Linie Nitzbach-Elz ist seinerzeit ein Staatsbeitrag von 20 000 Mark pro Kilometer bewilligt worden. Nach umlaufenden Gerüchten soll der Abgeordnete, der seinerzeit für diese Linie lebhafte eingetreten ist, für die Parunterbringung nicht bürsengängiger Prioritäten bei den beteiligten Gemeinden eine Provision von 33 000 Mark von dem Betriebsunternehmer erhalten haben. Wäre das Gerücht wahr, so würde das zeigen, daß der Staatszuschuß ohne Notwendigkeit bewilligt worden wäre. Wir fragen daher an, was der großherzoglichen Regierung über diese Angelegenheit bekannt ist.“ — Die Interpellation richtet sich gegen den im Hause anwesenden Abgeordneten Joux (fraktionslos), der bei ihrer Verlesung den Sitzungssaal verließ. Ein netter Volksvertreter!

Vom Aufstand der Hereros. Gouverneur Deutwein drachtete Sonnabend nach Berlin, daß nach Beendigung des Aufstandes im Süden die dortigen Truppen auf dem Rückmarsch sind. — Nach einer Sonnabendabend in Berlin ferner eingetroffenen Nachricht wurde der Beamte der Siedelungsgesellschaft für Deutsch-Südwestafrika, Elz, ermordet.

Kleine politische Nachrichten. Die Stichwahl in Gschwege-Schmalkalden ist auf Dienstag den 1. März festgesetzt worden. — Dem Reichstag zu Ehren ist ein Gelegenheitswerk betreffend den Schutz von Erfindungen, Mustern und Warenzeichen auf Ausstellungen. — Die Magdeburger Stadtverordneten haben den Antrag, den Beamten die Mitgliedschaft zum Konsumverein zu verbieten, abgelehnt, weil dies einen Eingriff in die politische Freiheit bedeute. — Nachdem Bayern bereits die ersten Wagenklassen abauschaffen beschlossen hat, beabsichtigt Sachsen auf seinen Staatsbahnen diesem Beispiel zu folgen. — Vor der Strafkammer in Weimar fand Sonnabend die vom Reichsgericht angeordnete Verhandlung gegen den früheren Grünen Bürgermeister von Eisenach, Ferson, statt, der, wie f. St. gemeldet, von der Strafkammer in Eisenach wegen Amtsvergehens zu 2 Monaten Gefängnis verurteilt worden war. Der Gerichtshof erkannte jetzt auf

Freisprechung, da dem Angeklagten in objektiver wie subjektiver Hinsicht keine Schuld zuzuschreiben sei. — Die drei Defektoren des brandenburgischen Trainbataillons Nr. 3 in Spandau, Becker, Götz und Werner, die sich unlängst heimlich vom Truppenreil entfernten und in Berlin Zivilkleidung anlegten, wurden in Wesel ergriffen und unter sicherer Eskorte bereits nach Spandau gebracht. — Nach Telegrammen aus Göteborg ist dort ein Russe als Spion verhaftet worden.

Oesterreich-Ungarn.

Sozialdemokratische Demonstration. Aus Anlaß des Verbots sozialistischer Versammlungen suchten Sonnabend etwa 150 Sozialisten vor dem Palais des Ministerpräsidenten eine Kundgebung zu veranstalten. Auf dem Wege dorthin wurden sie aber von der Polizei aufgehalten; sieben Personen wurden festgenommen und zu polizeilichen Ordnungstrafen verurteilt. Abends demonstrieren dann etwa fünfzig Sozialisten vor dem liberalen Klub. Zwölf Teilnehmer an den Kundgebungen wurden verhaftet; ein Polizist wurde schwer verletzt.

Schweiz.

Polizeikorruption. Im Züricher Großen Stadtrat haben unsere Genossen aufsehenerregende Enthüllungen über die Korruption der Polizei der Stadt Zürich gemacht. In der Stadt Zürich mußten zwei Polizeikommissare rasch hintereinander entlassen werden, von denen der eine Fundgegenstände (12 silberne Vöfel) unterschlagen und eine Arrestantin geschlechtlich mißbraucht hat, während der andere sich Betrügereien und Betrugsversuche, die Abfassung und Absendung anonymen Schmähbriefe und Anstiftung zu falschem Zeugnis (Meineid) zu Schulden kommen ließ. Ein weiterer „höherer Polizeibeamter“ ist gegenwärtig in einen bedenklichen Prozeß verwickelt; der Wachtmeister Gul soll ebenfalls Fundgegenstände unterschlagen haben, während dem Wachtmeister Hämig vorgeworfen wird, daß er sich bestechen läßt. Aber weiter. Ein junger Mann war auf dem Polizeiposten in unmenschlich roher Weise mißhandelt worden; die von ihm veranlaßte Untersuchung wurde jedoch wegen Mangels an Beweisen eingestellt. Es kam dann aber doch zur Anklage gegen zwei Polizisten, von denen der eine freigesprochen und der andere verurteilt wurde. Sechs Polizisten sapten als Zeugen aus, daß nicht geschlagen worden sei. Nachträglich hat nun der freigesprochene Polizist sich freiwillig als den Täter und Schuldigen bekannt, wodurch die sechs Polizisten des Meineides überwiesen sind und der unschuldig verurteilte Polizist die Wiederaufnahme zu betreiben in die Lage gekommen ist. Es ist also eine wahre Verbrecherbande bei der Züricher Polizei! Die ehrlichen Elemente unter den Polizisten, die im „Berein der Polizeimänner“ eine Art Gewerkschaft besitzen, haben sich mit einer Eingabe an den Großen Stadtrat um Hilfe gegen verbrecherische Vorgeschichte gewendet. Der städtische Polizeichef, Stadtrat Dr. Welti, der nach berücksichtigten Wünschen bisher alles vertuscht und beschönigt, mußte unter der Wucht des erdrückenden Beweismaterials zugeben, daß es namentlich in den höheren Chargen viele faule Elemente gebe! Unsere Genossen Häuser, Pfarrer Pfleger, Merk und Grentlich haben sich ein großes Verdienst um die Bevölkerung der Stadt Zürich erworben, daß sie mutig und entschlossen die Fäulnis, das Verbrechertum in der Züricher Polizei aufgedeckt und entlarvt haben.

Lübeck und Nachbargebiete.

Montag, den 22. Februar.

Die Bürgerschaftsmitglieder und die Vergabung von Staatsarbeiten. Man sollte es eigentlich für selbstverständlich halten, daß Bürgerschaftsmitglieder sich an der Ausführung von Staatsarbeiten nicht beteiligen würden, da doch ohne Frage ihre Interessen mit denen des Staates hierbei kollidieren. Leider aber scheint das nicht der Fall zu sein, wie wir nach einer Aeußerung des Herrn Bape in einer Versammlung schlüßfolgern müssen. Derselbe führte nämlich folgendes Beispiel an: Als feinerzeit der Reichsfall gebaut werden sollte, erwiderte ihm ein Mitglied auf seine Frage, ob er dafür stimmen werde: „Gewiß, ich habe ja schon für die Submissions meine Offerte abgegeben!“ — Man sieht hieraus, wie dieser „Volks“vertreter, dessen Name leider nicht genannt worden ist, seine Pflichten als solcher aufsaßt. Hoffentlich sorgt man jetzt durch eine gesetzliche Bestimmung dafür, daß solchen lediglich auf ihr eigenes Wohl bedachten „Volks“vertretern das Handwerk gelegt wird, indem man Bürgerschaftsmitglieder ein für allemal bei der Vergabung von Staatsarbeiten ausschließt. Sonst könnte sehr leicht der Verdacht aufkommen, daß in unserem Staatsweien Korruption herrscht.

Arbeitererfisk. Am Sonnabendmittag gegen 12 Uhr verunglückte der bei Gossmann u. Jürgens beschäftigte Zugführer Diederich Heise und trug eine ansehnliche nicht unerhebliche Verwundung davon. Er mußte sich in ärztliche Behandlung begeben.

Ein schwerer Unglücksfall ereignete sich Sonnabend Mittag bei der Burgtorbrücke. Dort entführte ein Windstoch den Gut eines Arbeiters in die Anlagen. Leider ist nun der Mann bei dem Veruche, seinen Gut wieder zu erlangen, die etwa drei Monate hohe Böschung herabgerollt. Er blieb blutüberströmt auf dem Kanal entlang führenden Eisenbahnschienen liegen. Mittels Tragkorbes schaffte man den Verletzten zunächst nach der Burgtorwache.

Verein für Gesundheitspflege und Naturheilkunde. Am Sonnabendabend hielt der Verein seine sehr gut besuchte Hauptversammlung im „Bürgerverein“ ab. Aus dem Rechnungs- und Jahresbericht entnehmen wir folgendes: Die Einnahme betrug 3842,02 Mk., die Ausgabe 3572,55 Mk., es wurde also ein Ueberschuß von 269,47 Mk. erzielt. Am Anfang des Jahres 1903 hatte der Verein 1087 Mitglieder, im Verlaufe desselben traten 125 ein und 182 wieder aus; das neue Vereinsjahr begann demnach mit 1090 Mitgliedern. Zeugnisse der regen Tätigkeit geben 23 Vorstandsversammlungen, 9 Mitgliederversammlungen, 7 Borträge und ein auf drei Abende verteilter Lehrkursus. 275 Personen entließen der Bäckerei 630 Bäder. Eine zahlreiche Beteiligung war dem Stützungsfest, den 2 Sommerfesten und den 3 Wanderungen geworden. Ferner hatte sich der Verein ins Vereinsregister eintragen lassen. Die auscheidenden Vorstandsmitglieder Grünau und Soroe erwähnte die Versammlung durch Zuruf wieder. Zum Kassensführer wurde für den leider von hier ver-

ziehenden Herrn Deuermann Herr Jagemann aus-ersehen, für den dann wieder Herr Buchhalter Holz erwählt wurde. Der neue Haushaltungsplan gab zu einer recht lebhaften Debatte Veranlassung. Verschiedene Wünsche, die hierbei laut wurden, ver sprach der Vorstand sobald als möglich zu erfüllen. Der geplante Bau in Carlshof wurde noch nicht vergeben. Dagegen erfuhr die jetzige Kommission für diese Sache eine Erweiterung von 4 Herren (Fachleute), die nun insgesamt zu einer nochmaligen Prüfung der eingegangenen Offerten schreiben. Es sind dies die Herren Färemann, Thormann, Leichmann und Westphal. Beim Schlüsselpunkte „Verschiedenes“ gelangten noch einige Mitteilungen zur Besprechung. Mit sichtlich Freude wurde die Kunde begrüßt, daß sich zum 1. April ein dritter Arzt, der auf dem Boden der Naturheilkunde steht, hier niederläßt. Herr Dr. Schimmelpenning wird in der oberen Johannisstraße Nr. 12 Wohnung nehmen.

Zum Referendar ernannt hat der Senat auf sein Ansuchen den hiesigen Rechtskandidaten Leo Randau.

Die diesjährige Musterung für den Aushebungsbezirk der freien und Hansestadt Lübeck wird in der Zeit vom 2. bis 15. März d. Js. in Lübeck auf dem Bockenhof (Vorstadt St. Gertrud) stattfinden. Sollten Militärpflichtige, welche hier gestellungspflichtig sind, noch nicht zur Stammsrolle angemeldet sein, so haben sie sich unverzüglich im Geschäftszimmer der Ersatzkommission anzumelden. Die Militärpflichtigen haben in den Musterungsterminen, welche auf den ihnen zugesandten Stellungsbefehlen angegeben sind, pünktlich zu erscheinen. Falls ein Militärpflichtiger bis zum 26. Februar 1904 nicht im Besitze eines Stellungsbefehle ist, hat er sich am darauffolgenden Tage im Geschäftszimmer der Ersatzkommission, Mühlentorstraße 72, Zimmer 8, behufs Empfangnahme eines solchen, zu melden. Diese Meldung kann von den auf dem Lande wohnhaften Militärpflichtigen schriftlich erfolgen. Es empfiehlt sich, daß Militärpflichtige mit fehlerhaften Augen ein diesbezügliches ärztliches Attest vorlegen. Militärpflichtige, welche sich nicht zur Musterung stellen, oder beim Aufruf ihrer Namen im Musterungsraume nicht anwesend sind, können nicht nur durch Anwendung gesetzlicher Zwangsmaßnahmen zur sofortigen Stellung angehalten werden, sondern unterliegen auch den in der Wehrordnung vom 22. November 1888 angedrohten Geld- oder Gefängnisstrafen und den sonstigen Wirkungen, die in der Wehrordnung als Folgen ihrer Nichtstellung bezeichnet sind. Militärpflichtige, welche Anträge auf Zurückstellung oder Befreiung vom Militärdienst stellen wollen, müssen die Verhältnisse, durch die diese Anträge begründet werden, sobald als möglich vor Beginn der Musterung im Geschäftszimmer der Ersatzkommission oder spätestens im Musterungstermine selbst darlegen.

Eine Schifferprüfung für kleine Fahrt findet am 1. März morgens 9 Uhr in der hiesigen Navigationschule statt. Meldungen sind bis zum 3. März mittags beim Vorsitzenden der Prüfungskommission, Direktor Dr. Schulze, Navigationschule, einzureichen. Die 15 Mark betragenden Gebühren sind vorher zu entrichten.

Zum gerichtlichen Verkauf gelangt am 5. April das Noeckerstraße 18 belegene Grundstück des verstorbenen Gastwirts Brahl und am 8. April die Warendorferstraße 31 a und Glandorferstraße 22 belegene Grundstücke des Bauunternehmers F. A. Schulze.

Das Kaufverfahren über das Vermögen des Kantinenwirts C. H. G. Vogel ist nach erfolgter Schlußverhandlung aufgehoben worden.

Leichenfledderer. Festgenommen wurde ein Schlossergeselle, ein Maschinist und ein Steinmetz. Der erstere stahl einem in einer Herberge in der Stavenstraße in der Fremdenstube eingeschlafenen Schuhmachergehilfen seine Taschenuhr, während die beiden anderen, die dem Diebstahl zugehört hatten, mit dem Diebe die Uhr gemeinschaftlich verkauften, indem bald der eine, bald der andere dieselbe in hiesigen Trödler- bzw. Wandfischgeschäften anbot, bis sie schließlich einen ihnen zuzugewandten Preis dafür erhielten und sich den Erlös teilten.

pb. Eigentumsvergehen. Einem Schlosserlehrling wurde am verflorenen Sonnabend, gleich nach Mittag, aus seiner Kommode, vermutlich durch einen reisenden Handwerksgehilfen, ein Schmuckstück mit dem Bildnisse des Kaisers Friedrich und ein Fünfundzwanzigpfennigstück gestohlen. Der mutmaßliche Dieb trug schwarze Mütze mit blankem Schirm, dunklen Leberzieher, dunkle Hosen, war etwa 1,60 Meter groß, hatte dunklen Schnurrbart, volles rundes Gesicht, unterlegte Statur und breitpurigen Gang.

Kleine polizeiliche Nachrichten. Ein hiesiger Provisionsreisender, der sich der Unterschlagung zum Nachteil einer hiesigen Buchhandlung schuldig machte, wurde festgenommen. — Aus einem Zigarrengeschäfte an der Oberstraße wurden zwei Kisten Zigarren und drei Schachteln Zigarretten a 10 Stück gestohlen.

Ein. Unklühes. An Stelle des beurlaubten Amtseinknehmers Döhler ist der Regierungs-Revisor Meynen mit der Wahrnehmung der Geschäfte des Amtseinknehmers beauftragt, und zwar vom 22. d. M. an. Derselbe wird diese Geschäfte im Regierungs-Gebäude besorgen.

Schwarzenbeck. Ein Großfeuer äscherte Donnerstags Vormittag den Heroldschen Galkhof. Zum deutschen Hause total ein. Das Feuer soll durch einen schadhaften Schornstein entstanden sein. Zum Glück gelang es, die dicht neben der Brandstätte liegende Kirche zu schützen. — Mit dem abgebrannten Hause ist wieder ein Stück Alt-Schwarzenbecks verschwunden. Dasselbe wird in der Chronik bereits im Jahre 1826 erwähnt, als den Eigentümern das Privilegium der freien Krugnahrung erteilt wurde.

Blön. Einbruch in die Sparkasse. Als der Rentant Rasmus Sörensen der hiesigen Sparkasse Freitag Nacht gegen 12 Uhr das Sparkassengebäude, in dem sich auch seine Wohnung befindet, betrat, wurde er von 2 mit Speichen bewaffneten Eindringern niedergebunden. Trotzdem sehr rasch Hülfe zur Stelle war, gelang es nicht, die Diebe, die durch ein Gitterfenster eingedrungen waren, zu fassen. Sörensen, der die Nacht über in ein Hotel gebracht wurde, befindet sich außer Gefahr. Im Sparkassengebäude verblieb eine Wache. Geraubt haben die Diebe nichts.

Kleine Chronik der Nachbargebiete. In Döberau wurde das Gepann des Fronereibesitzers Nuttmann von dem von Mallisch kommenden Zuge beim Uebergang an der Papierfabrik erfaßt, der Wagen teilweise zertrümmert und Nuttmann getötet. Die Pferde gingen durch und sind noch nicht eingekappt. — Ein bedauernder Unglücksfall ereignete sich in Stechom bei Tessin. Das 34jährige Mädchen des Arbeiters Kummerow kam der Ostentur zu nahe und fing die Kleider Feuer. Als auf das Schreien der Kinder die Großmutter herbeieilte, hatte das Mädchen schon erhebliche Brandwunden am Rücken erlitten, so daß es in das Tessiner Krankenhaus gebracht werden mußte, wo die Mutter auch seit einiger Zeit krank liegt. — Aus Wilhelmshaven wird gemeldet: In der Friedrichs-Heuse bei Kardinenstel wurde eine Flaschenpost aufgefunden, wonach das Schiff „Ellwangen“ mit 24 Mann

Befahrung an der Küste von Schleswig-Holstein untergegangen ist.

Hamburg. Ein recht bewegtes Leben hat ein Musketier vom 76. Regiment geführt, bevor er als unsicherer Geesepflichtiger in den bunten Rock gesteckt wurde. Nachdem er eineinhalb Jahre in Argentinien gelebt hatte, ging er nach Nordamerika, dann nach Frankreich und befand sich eines guten Tages als Fremdenlegionär auf der Reise nach Nordafrika. Nach zwölftägiger Dienzeit in einem elenden Wästmest entfloß er nach Marokko und reiste dann mit Unterstützung eines Landsmannes nach Deutschland zurück. Beim hiesigen Regiment führte er sich sehr gut. Als am 19. September 1903 das Regiment, vom Kommandeur heimkehrend, Lübeck passierte, wurde er von dem alten Wandertrieb befallen. Auf dem Lübecker Bahnhof ließ er sein Gewehr, den Säbel und Tornister zurück und entäußerte sich auf einem Felde in der Nähe Lübecks seines Waffenrocks und der Drillschjacke, worauf er sich einen Zivilrock und Hut verschaffte, nachdem er seine Kommißtasche gegen ein paar Bauernschuhe vertauscht hatte. Nun trat er eine Irrfahrt an, die sehr abenteuerlich verlief. Er reiste nach Hamburg und wollte dann zu Fuß über Bremen nach Holland, um von dort auszuwandern. In der Nähe von Tostedt wurde er von einem Gendarm angehalten, dem gegenüber er sich, als zur großen Familie der „Meyer“ gehörend, bezeichnete. Weil er sich nicht legitimieren konnte, nahm ihn der Gendarm mit zum Amtsgerichtsgefängnis in Tostedt. Er wurde auch unter dem Namen Meyer aus Hannover wegen Landstreichens vom Gericht zu vier Wochen Haft und Ueberweisung an die Landespolizeibehörde verurteilt, nachdem man aus Hannover die Auskunft erhalten, daß der p. Meyer ein mehrfach wegen Betrübels bestraffter Mensch sei. Als „Meyer“ wurde er nach verbüßter Strafhast der Korrekptionsanstalt in Mohringen überwiesen, wo er bis zum 18. Januar, also beinahe vier Monate, zubrachte. Inzwischen war er als Zeuge zu einer in Wedel stattfindenden Gerichtsverhandlung geladen, wo die anderen Zeugen erklärten, daß er nicht der richtige Meyer aus Hannover sei. In der Instanz hatte man ihn wiederholt auf die Fahndung geführt, zumal er bei seiner Einlieferung eine Kommißhose ohne diese trug. Endlich legte er ein Geständnis ab und wurde seinem Truppenteil überwiesen. Er stand nun Sonnabend vor dem Kriegsgericht wegen Fahnenflucht, Preisgabe seiner Dienstwaffen, Führung eines falschen Namens, Belügens eines Vorgesetzten und intellektueller Urkundenfälschung. In der Verhandlung wurde eingehend das bewegte Vorleben des Angeklagten erörtert, der alle seine Straftaten einräumte. In Rücksicht auf die eigenartigen Umstände eruchte der Ankläger, den Angeklagten nicht allzu hart anzufassen. Er beantragte eine Gesamtstrafe von 8 Monaten und 10 Tagen Gefängnis und 14 Tagen Haft, sowie Verlesung in die zweite Soldatenklasse. Das Gericht erkannte auf eine Gesamtstrafe von neun Monaten Gefängnis und vierzehn Tagen Haft (letzte gilt durch die erlittene Untersuchungshaft als verbüßt) und auf die beantragte Ehrenstrafe.

Kiel. Kein guter Stellvertreter Gottes auf Erden. Das Kriegsgericht der 18. Division verurteilte Sonnabend den Unteroffizier Brandemann des 11. Bataillons des 85. Infanterie-Regiments zu acht Monaten Gefängnis und Degradation wegen Mißbrauchs der Dienstgewalt gegenüber einem Rekruten und Unterschlagung von Dienstgeldern.

Glensbürg. Sonderbare Amtsgewohnheiten eines Amtsvorstehers. Ein eigenartiges Streiflicht auf die Zustände in Nord-Schleswig war eine Verhandlung, die sich Sonnabend vor dem hiesigen Landgericht abspielte. Der Amtsvorsteher Winter von Adlerflügel in Scherrebek hatte sich durch einen Artikel beleidigt gefühlt, welcher durch drei Organe der dänischen Protestpartei gegangen war. Dieferehalb standen drei Redakteure vor der Anklagebank. Auch gegen das „Hamburger Echo“ und die „Schlesw.-Holst. Volks-Ztg.“ ist wegen desselben Artikels ein Strafverfahren eingeleitet worden. In jenen Notizen wurde gegen v. Winter der Vorwurf erhoben, 300 Mark, die für die Armenkasse in Scherrebek bestimmt waren, nicht abgefordert zu haben und ferner versucht zu haben, sich weitere 200 Mark rechtswidrig anzueignen. Die Beweisaufnahme ergab folgendes: Der dänische Staatsangehörige, Hofbesitzer Diteien zu Westerbed hatte mehrfach um seine Niederlassungserlaubnis nachgesucht. Schließlich verwandte sich auf Empfehlung des Pastors v. Fischer-Benzon der Amtsvorsteher v. Winter für ihn und die Erlaubnis wurde ihm erteilt. Als ihm von Winter die Urkunde in Aussicht stellte, fragte er ihn gleichzeitig, ob er nicht ein Scherlein für die Armen von Diteien wollte. Diteien war dazu bereit. Einige Tage später sandte der Amtsvorsteher einen Gendarmen zu Diteien, der ihm mitteilen sollte, daß er die Niederlassungserlaubnis abholen könne. Gleichzeitig hatte derselbe den Auftrag, die Spende auf 500 Mark festzusetzen. 300 Mk., welche für die Armenkasse in Scherrebek bestimmt wurden, sollten gleich gezahlt werden, mit dem Rest von 200 Mk., den die Armenkasse von Roagen haben sollte, eile es nicht so sehr. Diteien brachte die 300 Mk. und erhielt seine Urkunde. Kaum hatte er das Amtszimmer verlassen, so wandte sich v. Winter an den in seinem Bureau anwesenden Telegraphenbauinspizier Becker aus Lönbern und sagte: „Bei dem Mann ließ es sich nicht genau feststellen, ob er deutscher oder dänischer Untertan ist. Dieses Geld haben wir ihm abgeholt, es ist für meinen schwarzen Fonds, aus dem bei den Wahlen die Propaganda für die deutsche Sache bezahlt wird.“ Das Geld zahlte er nicht in die Armenkasse ein, sondern er buchte es unter Titel 6 seines Einnahmejournalen. Dieser Titel enthält Gelder, die zur freien Verfügung des Amtsvorstehers stehen. Zu politischen Zwecken, erklärte von Winter, würden daraus keine Gelder entnommen. Später sandte der Amtsvorsteher den Gendarmen nochmals zu Diteien, um die zweite Rate von 200 Mk. abzuholen. Der Beamte sagte jetzt unter Eid aus, daß er seinen Vorgesetzten darauf aufmerksam gemacht habe, daß dieses Geld für Roagger bestimmt sei. Darauf antwortete der Amtsvorsteher: „Das macht nichts, mein Geld ist alle, ich muß die 200 Mk. haben.“ Der Gendarm ging darauf nach Westerbed, bekam aber dort von Frau Diteien die Antwort, daß die 200 Mk. bereits bei dem Pastor zu Roagger eingezahlt worden seien. v. Winter leugnete entschieden, daß ein Fonds für politische Zwecke bestünde. Er hatte weiter noch einen Privatier, der in den Straßen von Scherrebek geschossen hatte, einen „Denkzettel“ in Höhe von 50 Mk. gegeben. Aber nicht in seiner Eigenschaft als Beamter, sondern als Privatmann. Ferner wurde von Zeugen konstatiert, daß der frühere Bureauvorsteher des Amtsvorstehers erklärt hatte, er könne nicht mehr länger mit v. Winter zusammenarbeiten, denn da sei alles schwindel, Lug und Trug. In seinen Aussagen und auf die Fragen des Gerichtsvorsitzenden und der Verteidiger zeigte

n. Winter eine auffällige Gedächtnisschwäche, er vermochte sich auf das Meiste nicht mehr zu erinnern. Nach Schluß der Beweisaufnahme zog der Landrat Richter Hegerer-Sadersleben, unter Zustimmung des Amtsvorstehers, die Strafanträge gegen die drei Redakteure zurück, während er dieselben gegen die gleichfalls angeklagten Pastor Jacobsen und Kaufmann Nissen aufrechterhielt. Die beiden Angeklagten haben über vorstehende Angelegenheit gesprochen und den Amtsvorsteher direkt der Unterschlagung von 300 Mk. bezichtigt. Jacobsen hatte auch für Nissen einen Strafantrag entworfen, derselbe ist jedoch nicht abgefaßt worden. Die Angeklagten traten den völligen Wahrheitsbeweis an. Trotzdem beantragte der Staatsanwalt gegen beide Angeklagten je 100 Mk. Geldstrafe. Das Gericht aber sprach sie kostenlos frei. — Eine größere Niederlage konnte den preussischen „Germanisatoren“ in Nord-sachsen nicht bereitet werden.

Oldenburg. Der Dank des lieben Vaterlandes. Der Kriegerverein Leer richtete folgende Eingabe an den Ostfriesische Kriegerbund: Der Kriegerverein Leer beantragt: Der Ostfriesische Kriegerbund wolle beim Deutschen Kriegerbunde auf die schwere wirtschaftliche Notlage hinweisen, in die Tausende von tapferen Kämpfern aus den letzten deutschen Kriegen infolge von Alter und Krankheit und mangels einer ausreichenden Krankenfürsorge geraten sind. Der Ostfriesische Kriegerbund möge hieraus Anlaß nehmen, mit Entgegenheit dahin zu wirken, daß die deutschen Kriegervereine Mann für Mann zusammenstehen, das Los jener alten, am Hungertuch nagenden Kameraden zu erleichtern, die ihr Leben für König und Vaterland in die Schanze geschlagen haben, was praktisch so in die Wege zu leiten ist, daß der Deutsche Kriegerbund auf Grund einer in allen deutschen Kriegervereinen gleichlautend zu fassenden Resolution an allerhöchster Stelle vorstellig werde mit der Bitte: Die hohe Reichsregierung möge ausreichend Mittel bereitstellen, die dem Glend preisgegebenen alten Feldzugs teilnehmer mit einem lebenslänglich zu zahlenden Ehrensold auszustatten, die sie vom Untergang rettet und sie an der Dankbarkeit des von ihnen mit Blut und Eisen zusammengeschmiedeten großen deutschen Vaterlandes nicht verzweifeln läßt. — Es ist bezeichnend für den kapitalistischen Klassenhaß, daß erst durch solchen Nothschrei die Regierung daran gemahnt werden muß, den unglücklichen Kriegsveteranen, die ihre Gesundheit zum Teil durch die Strapazen des Krieges untergraben haben, vor dem Hungertod zu schützen. Dabei gibt es noch Leute, die verlangen, der Arbeiter soll mit Begeisterung sich zur Schlachtbank für diesen Klassenhaß führen lassen.

Lübecker Stadttheater.

Amphitryon, Lustspiel in 3 Akten von Heinrich von Kleist. Auf Veranlassung der hiesigen literarischen Gesellschaft führte Freitag unsere städtische Bühne den kleinsten „Amphitryon“ auf, den der Dichter der „Germanenschlacht“ frei nach Molière, dem französischen Komödiendichter, bearbeitet hat. Es war eigentlich mehr ein literarischer Versuch; ein Versuch aber, der über alle Maßen gelang, denn das sehr zahlreich erschienene Publikum amüßte sich zeitweise köstlich. Die Gestalt des „Amphitryon“ hat im Laufe der Jahrhunderte mehrfach die Dichter angezogen und zur dramatischen Bearbeitung ver-

anlaßt. Der erste war, so weit uns überliefert ist, Plautus, der berühmte römische Komödiendichter, geboren im Jahre 254 vor unserer Zeitrechnung, der den griechischen Sage entlehnten Stoff in eine Komödie umformte. Von ihm haben dann Molière, der Franzose, Boccaccio, der berühmte italienische Novellist, Camoëns, der Portugiese, und Dryden, der Engländer, geschöpft, so daß heute die Literatur fast jedes Landes in Europa ihren „Amphitryon“ aufzuweisen hat. Die Fabel, welche alle diesen Komödien mehr oder weniger zu Grunde liegt, ist: Amphitryon, der Feldherr der Thebaner, muß ins Feld ziehen, während seine Gattin Alkmene in gesegneten Umständen zurückbleibt. Inzwischen besucht nun Jupiter, der Göttervater, Alkmene in Gestalt ihres Gatten. Alkmene gebiert Zwillinge, deren einer, Herkules, von Jupiter stammt. Dadurch, daß Jupiter in der Gestalt Amphitryon's auftritt, Merkur der Götterbote, als Sosias, Amphitryon's Diener, ergeben sich mannigfache recht drastische Verwickelungen. Der Amphitryon Hoser's war erträglich. Hervorragendes bot Olga Weede, die die von Kleist besonders mit Poesie umwobene Alkmene überaus liebrend gab. Willy Krüger ließ alle Quellen seines Humors sprudeln, um den Sosias wirksam zu verkörpern. Carl Schmidt (Jupiter), Arthur Hellmer (Merkur) und Rita v. Hollmerstein (Charis) vervollständigten nach besten Kräften und mit vorzüglichem Gelingen das Ensemble.

Verke Nachrichten.

Danzig. Der Schuzmann als Brandstifter. Das Schwurgericht verurteilte den Schuzmann Hoyer wegen Brandstiftung zu acht Jahren Zuchthaus und 6000 Mk. Geldstrafe, eventuell noch 1 Jahr Zuchthaus, und seine Schwiegermutter wegen Beihilfe zu 2 Jahren Zuchthaus. Beide hatten die eigene überversicherte Behausung in Brand gesteckt. — In Langfuhr sind drei Personen von einem tollen Hunde gebissen worden. Sie haben sich nach Berlin in das Institut für Tollwutschuzimpfung begeben.

Stolz i. P. Ein Feuer, das wahrscheinlich infolge Kurzschlusses in der elektrischen Leitung entstanden ist, zerstörte Sonnabend das aus staatlichen Mitteln erbaute hiesige Kornlagerhaus.

Berlin. Wegen Verabreichung von Postpaketen im Nachtschnelzuge Berlin-Breslau wurde der Postschaffner Otto Fittig von der Strafkammer zu neun Monaten Gefängnis und zweijährigem Ehrverlust verurteilt.

Zorfhäus i. Oberh. Schneesturm im Brockengebiet. Sonnabend wütete im Brockengebiet bei 4 Grad unter Null ein Schneesturm aus Süd-West, wie er in solcher Stärke seit vielen Jahren nicht beobachtet worden ist. Die Poststraße Braunlage-Garzburg ist stellenweise bis vier Meter hoch mit Schnee bedeckt. Der Postwagen und ein anderer Wagen mußten aus dem Schnee herausgeschaukelt werden. Der Verkehr ist eingestellt.

Hannover. Wegen Sittenverbrechen an einem Kinde unter 14 Jahren verurteilte die hiesige Strafkammer den dortigen Schuzmann Albert Hahstede zu 1 Jahr sechs Monaten Zuchthaus und drei Jahren Ehrverlust.

Göttingen. Zwei Frauen verschüttet. In einer Sandgrube bei Bruchhausen sind zwei Frauen verschüttet worden. Sie wurden als Leichen hervorgezogen.

Hamburg. Schredenstateines Irnsinnigen. Der 35jährige Buchhalter Adam Schauder erschlug Sonnabend seinen Onkel und zwei Tanten. Dann erschloß er sich selbst. Er war erst kürzlich aus einer Irrenanstalt entlassen worden.

Ulm. Wegen fahrlässiger Tötung verurteilte die hiesige Strafkammer den Naturheiler Dr. Hartmann zu drei Monaten Gefängnis. Er verordnete einer Frau ein Heißluftbad, in dem diese dann elend umkam. Der Angeklagte ist bereits zweimal wegen eines ähnlichen Vergehens mit Gefängnis bestraft.

Budapest. Theaterbrand. Am Freitag geriet während der Vorstellung in dem neuen Königtheater eine Kulisse in Brand. Das Feuer griff rasch um sich. Des Publikums und der Schauspieler bemächtigte sich eine Panik, doch gelang es der Feuerwehr, binnen kurzer Zeit den Brand zu löschen. Es wurde niemand aus dem Publikum verletzt.

Paris. Eine schwere Brandkatastrophe hat Sonnabend wieder einmal in Paris stattgefunden. Infolge einer Explosion entstand mittags in einer Fabrik von Zellulosestämmen am Boulevard Sebastopol ein Feuer, welches mit rasender Schnelligkeit um sich griff. Die in der Fabrik tätigen Arbeiter und Arbeiterinnen sowie andere Hausbewohner stürzten mit brennenden Kleidern unter gellenden Hilferufen auf die Balcone hinaus, einige sprangen in der Verzweiflung vom dritten Stockwerk auf die Straße. Die Feuerwehr erschien sofort, drang trotz großer Schwierigkeiten in das Haus und rettete eine Anzahl Personen. Um 3 Uhr war das Feuer bewältigt. Es sind 14 Arbeiter umgekommen, darunter 3 Arbeiterinnen, die sich von dem Balkon herabgestürzt haben; die übrigen Arbeiter sind verbrannt und erstickt. Man zählte außerdem 11 zum Teil Schwerverwundete.

New York. Pulver-Explosion. Aus Ogden im nordamerikanischen Staate Utah wird gemeldet: Auf der 8 Meilen westlich von hier an einer Nebenlinie der Southern Pacific Railroad liegenden Station Jackson sind zwei Wagenladungen Schießpulver explodiert. Dabei wurden 24 meist griechische Arbeiter getötet. Ungefähr ebenso viele verletzt. Das Telegraphenamt wurde zerstört.

Lübecker Marktpreise vom 20. Februar.

Bauern-Butter Pfd. 1,15 Mk., Meierei-Butter Pfd. 1,30 Mk., Gafen Stk. — Mk., Enten Stk. 3,20 Mk., Hühner Stk. 2 — Mk., Ruten Stk. — Mk., Tauben Stk. 0,60 Mk., Gänse Pfd. — Mk., Fische Stk. 3 — Mk., Schweinskop. Pfd. 0,45 Mk., Schinken Pfd. 0,80 Mk., Wurst Pfd. 1,15 Mk., Eier 9 Stk. 60 Pfg., Kartoffeln 10 Liter 50 Pfg., Karssen Pfd. 0,90 Mk., Karauschen Pfd. 80 Pfg., Sechte Pfd. 70 Pfg., Barische Pfd. 70 Pfg., Kal Pfd. 0,90 Mk.

Sternschanz-Viehmarkt.

Hamburg, 20. Februar. Der Schweinehandel verlief lau. Zugeführt wurden 2100 Stück. Preis: Sengschweine — Mk., Verjandtschweine, schwere 45—46 Mk., leichte 45—46 Mk., Sauen 40—44 Mk. und Ferkel 40—44 Mk. pro 100 Pfund.

Die glückliche Geburt eines kräftigen Jungen zeigen hocherfreut an
F. Barkley und Frau,
Friederitz, geb. Evers.

Nach kurzem aber schwerem Leiden erlöste der Tod unsere kleine Juse und einzige Tochter
Gertrud
im zarten Alter von 4¹/₂ Jahren.

Dies zeigen an die tiefbetrübten Eltern
Aug. Utermark und Frau,
geb. Schmidt.

Die Beerdigung findet am Dienstag den 23. Februar, nachmittags 1¹/₂ Uhr, vom Trauerhause, Kadenburg, aus statt.

Danksagung.

Hiermit aus bewiesener herzliche Teilnahme und die überaus reichen Kranzgeschenke bei dem uns betroffenen schweren Verluste unseres lieben Kindes sagen wir allen Verwandten und Bekannten, insbesondere jenen lieben Mitarbeitern und dem Sozialdemokratischen Verein herzlichsten Dank.

Familie Paustian.

Zu vermieten eine kl. Wohnung
110 Mk. **J. Sager,** Sauerstr. 10.

Eine Frau wünscht Beschäftigung
in Nähern und Kleinarbeiten.
Dankwärtstraße 49, dort, im Hägel.

Ein galantes Damen-Jacket
begehrt in Sauerstr. 10, zu verkaufen.
Selbstpreis 27, 1.

Eine Jungfer voll Mit
begehrt in Sauerstr. 10, zu verkaufen.
Selbstpreis 27, 1.

Die Lübecker
Margarine-Fabrik „Hansa“
J. Schröder & Co.
Reichenstraße 7, Telephon Nr. 913
monatlich 25⁰⁰ bis 10⁰⁰

Margarine
welche in den meisten Geschäften
zu haben ist.

Empfehlungs-Karten
besten prapert und sauber
Die Druckerei des Lbh. Volksboten.

Von der internationalen Bibliothek

— erste Serie —

empfehlen wir besonders:

Kautsky, Karl Marx ökonomische Lehren,	geb. Mk. 2,—
Bebel, Ländliche Arbeiterfrage,	„ „ 2,50
Bebel, Charles Fourier,	„ „ 2,50
Stern, Philosophie Spinoza's	„ „ 1,50
Kautsky, Das Erfurter Programm,	„ „ 2,00
Fr. Engels, Die Lage der arbeitenden Klassen in England,	„ „ 2,50
Stepniak, Der russische Bauer,	„ „ 2,—
Mehring, Die Lejning-Legende,	„ „ 3,50
H. Lux, E. Cabot und der itarische Kommunismus	„ „ 2,—
Plechanow, N. G. Tschernischewsky,	„ „ 3,—
Fr. Engels, E. Dühring's Umwälzung der Wissenschaft	„ „ 3,—
Dietzgen, Das Axiom der Philosophie und Briefe über Logik	„ „ 2,—
C. Hugo, Die englische Gewerkvereins-Bewegung	„ „ 2,—
K. Marx, Revolution und Contre-Revolution in Deutschland	„ „ 2,—

Buchhandlung von Friedr. Meyer & Co.
Johannisstrasse 50.

Fahrrad-Haus. **H. A. Hill**
Verbindungs-
Eisenwerkstatt. **Johannisstr. 9.**

Große Reparaturwerkstatt für
Mäntel, früher 7 Mark jetzt **Mk. 5,50**

Schläuche, früher 4 Mk. jetzt **Mk. 2,80**

Centrum Mäntel, früher 10 Mk., jetzt **Mk. 8,00**

Leblosse frühe Saat, volle Garantie.
Reiz Fruchtbar, 1 Jahr Garantie, Mk. 85.

Uhren reinigen . 1,50
Edelra einfeilen . 1,50
1 Jahr Garantie. Die
Hergläser L. Daal. 0,30

Aug. Böttner,
Hilfenfer,
55 Sägerstraße 32.

Suppenfett Pfd. 30 u. 60 Pf.
empfehlst **J. Arndt,** Krähnenstraße 28.

Schwanzallee 84.
Hofstelle der Straßenbahn.

Dienstag den 23. Februar,
abends 7 Uhr:

Erstes Prämiereiten in
Willy Käse's Hippodrom.

Mittwoch den 24. Februar:
Chreabend
für den Direktor Käse.

Einmaliges Spiel der wunderbaren
Constance Sabarett.
Anfang 8 Uhr.
— Letzte Woche! —

G. V.

Morgen Dienstag, Abds. 8¹/₂ Uhr.

Holzarbeiter-Verband

Mitglieder-

Versammlung

am Dienstag den 23. Februar
Abends 8 Uhr

im Vereinshaus, Johannisstr. 50/52
Tages-Ordnung:

1. Die Gaukonferenz in Wismar und Besichtigung derselben.
2. Anträge zum Verbandstag.
3. Kartellbericht
4. Verschiedenes.

Recht zahlreichem Besuch sieht entgegen
Die Lokalverwaltung.

Circus Variété.

Unwiderstehlich nur noch 2maliges
Auftreten der bildschönen

Mlle. Marguerite
mit ihren 8 afrikanischen Löwen.
Mitwoch:

Grosser
Gala-Abschieds-Benefizabend
für Mlle. Marguerite.
Anfang 8 Uhr.

Stadttheater.

7¹/₂ Uhr Dienstag den 23. Februar 7¹/₂ Uhr.
150. Borfell 22. Dienstags-Abonnem.

Bortaisabend: Anna Daniela.
Othello (Oper).

7¹/₂ Uhr. Mittwoch den 24. Februar 7¹/₂ Uhr.
Novität **Die Redaktrice.** Novität.

Komödie in 3 Akten von Hans Bauer

Verantwortlicher Redakteur für den politischen Inhalt der Zeitung ist der Herausgeber der „Lübecker Volksboten“ Hans Bauer. Druckerei des Lübecker Volksboten. Druck und Vertrieb durch die Druckerei des Lübecker Volksboten. Druck und Vertrieb durch die Druckerei des Lübecker Volksboten.

Die Rache für Krimmitschau.

Die Arbeiter von Krimmitschau haben ihrem Unternehmertum auch im Falle noch tiefe Wunden geschlagen. Allein die „Herren im Hause“ revanchieren sich und sie verbinden das Unangenehme mit dem Nützlichen, indem sie die Süßigkeit der Rache in der experimentellen Festlegung des äußersten Punktes genießen, bis zu dem der Uebermut der Sieger gehen darf, ohne die Früchte des Triumphes zu gefährden. Die Wahlstatt von Krimmitschau ist das Probierfeld der Unternehmerrache geworden, und es ist anzunehmen, daß dabei ebensosehr individuelle Rachsucht als taktische Erwägungen des Generalstabs des Arbeitgebertums treibende Motive sind. Schon während des Kampfes in Krimmitschau ist ein allgemeiner Verband des deutschen Arbeitgebertums gegründet worden, und in der Zwischenzeit ist die Mobilmachung der Fabrikanten rüstig vorgeschritten. Auch innerhalb der einzelnen Branchen hat das Unternehmertum den kriegsmöglichen Ausbau seiner Organisationen bis zu vollendeter Schlagfertigkeit vervollständigt.

Die Raumannsche „Hilfe“ veröffentlicht den Entwurf einer solchen Unternehmerorganisation, der Vereinigung Berliner Metallwarenfabrikanten. Es ist eine verhältnismäßig kleine Zentrale, deren Festungsplan hier verraten wird, allein sie ist zweifellos nach dem allerneuesten Modell gebaut, das die Generalführer des Zentralverbandes der Industriellen ausgearbeitet haben. Und wenn Herr Raumann mit christlichem Unbehagen an all den Faktionen und Kanonenschlägen dieser Truppsche vorbeigeht und manch frommes Sprüchlein murmelt, so können wir ihm bei seinen moralisierenden Betrachtungen nicht folgen. Herr Raumann mag der zuverlässigsten Hoffnung leben, durch das Aufsteigen dieses kriegerischen Apparats den Philister für die Vorstellung zu gewinnen, daß nicht bloß die Arbeiterschaft, sondern auch das Unternehmertum im sozialen Krieg nicht faul ist und daß gerade die Fabrikanten den Klassenkampf mit kanibalischer Grausamkeit führen; — uns sagt er dabei nichts neues, und den interessierten Stumpfsinn des Philisters wird er nicht befehren. Wohl aber machen wir von seiner Publikation in dem Sinne Gebrauch, daß wir den Arbeitern das Modell dieses neuen Raumannschen Festungsbau unterbreiten und sie veranlassen, seine Technik zu studieren und ihre Taktik danach einzurichten.

Die Vereinigung Berliner Metallwarenfabrikanten beschäftigt etwa 12 000 Arbeiter und umfaßt Betriebe von allen Größen. Sie sammelt im Frieden einen Entschädigungsfonds für Streiks, eine Art von sozialem Futurum, dessen Bestände für die bloße Mobilmachung bestimmt sind. Die Beiträge für diesen Fonds sind gering, sie betragen für jedes Mitglied 15 Pfg. pro Woche, 7,80 Mk. im Jahr, das macht bei 12 000 Arbeitern eine Jahresannahme von 93 600 Mk. Der Fonds gilt für vollständig, wenn er 50 Mk. auf den Kopf der Arbeiter, insgesamt 600 000 Mk. beträgt. Der Kriegsfonds wird sofort erneuert, wenn er infolge eines Streiks angegriffen werden mußte. Bei Ausbruch eines Streiks bekommen Unternehmer von 20 Arbeitern und weniger unter allen Umständen Unterstützung, Unternehmer, die zwischen 21 und 100 Arbeiter beschäftigen, erhalten sie auf Antrag. Die „Streikunterstützung“ beträgt wöchentlich pro nicht arbeitenden Arbeiter 7,50 Mk., solange die Zahl der Streikenden unter 2000 ist, 6 Mk., solange sie unter 3000, 4 Mk., sobald sie über 3000 beträgt. Für die ersten zehn Tage des Streiks wird nichts entschädigt. So weit das Finanzielle.

Man sieht, der einzelne Unternehmer erhält auf diese Weise einen rechtmäßig klagbaren Anspruch auf Vergütung aus allgemeinen Mitteln der Organisation. Diesem Anspruch stehen jedoch auch Pflichten gegenüber, die an das Recht der „Herren im Hause“ recht empfindlich rühren. Sobald nämlich ein Lohnkampf ausbricht, hört das unbeschränkte private Verfügungsrecht des Unternehmers über

seinen Betrieb auf und eine „Vertrauenskommission“ des Verbands tritt als Wohlfahrtsausschuß in seine Hausherrenrechte ein. Diese Kommission „hat zu entscheiden, wie das Mitglied sich den Arbeitern gegenüber zu verhalten hat“. Jüngst der Unternehmer sich nicht, so verliert er jeden Anspruch an die Organisation und wird im Stiche gelassen. Die „Vertrauenskommission“ entscheidet souverän, ob und inwieweit die Forderungen der Arbeiter anerkannt werden sollen. Verhandlungen mit den Arbeitern gibt es nicht. Ist der Streik von der Vertrauenskommission anerkannt, so hat diese die Pflicht, den Streik möglichst durch Ersatz der Streikenden zu befeitigen. Als Hauptmittel zu diesem Zweck sind Aussperrungen großen Stils gedacht. Man höre:

„Entlassung von Arbeitern kann die Vertrauenskommission verfügen, wenn mindestens 10 Prozent der Arbeiter der Mitglieder einer Gruppe oder der Gesamtheit streifen. Sie muß sie verfügen, wenn mehr als 15 Proz. der Arbeiter der Gesamtheit länger als 14 Tage streifen oder auf Antrag der dazu Berechtigten. Berechtig, die Aussperrung zu beantragen, sind die größten Unternehmer, welche finanzielle Ansprüche an die Rasse nicht erheben.

Wird die Entlassung von Arbeitern verfügt, so sind von jedem Mitglied der Vereinigung, gleichviel, ob bei ihm ein Streik droht bezw. ausgebrochen ist oder nicht

10 Proz. der zur Zeit des Ausbruchs des Streiks von ihm gemeldeten Arbeiter sofort, weitere 10 Proz. der gemeldeten Arbeiter nach einer Woche,

weitere 20 Proz. der gemeldeten Arbeiter nach einer weiteren Woche,

weitere 30 Proz. der gemeldeten Arbeiter wiederum nach einer weiteren Woche zu entlassen. Vorbehaltlich weitergehender Beschlüsse der Generalversammlung beträgt somit die Höchstzahl der Entlassenen 70 Proz. aller bei der Vereinigung gemeldeten Arbeiter.“

Damit kann jeder partielle und lokale Streik zu allgemeiner Aussperrung in einer Branche führen. Eine Arbeitseinstellung, die bisher private Angelegenheit eines Unternehmers war, wird zur Sache des Verbands, der einzelne Unternehmer tritt zurück und seine Rechte übernimmt ein Wohlfahrtsausschuß der Fabrikanten, der Streik wird öffentliche politische Angelegenheit. Krimmitschau war nur ein Anfang, nur eine erste Probe auf's Exempel; wenn sich das deutsche Arbeitgebertum nach diesem Muster organisiert, werden wir in nächster Zeit viele Dutzende von Krimmitschenaus erleben, und es wird sich zeigen müssen, ob die Arbeiterorganisationen dieser gewaltigen wirtschaftlichen Machtentfaltung des Unternehmertums gewachsen sind.

Gegen die Arbeiterorganisationen hat der neue Verbandenwurf ganz besonders gefährliche Sprenggeschosse fabriziert. Ein Hauptzug des Statuts lautet, daß, wenn systematische Arbeiterentlassungen eintreten, bei dem Ersatz der Streikenden und bei Wiedereinstellung nach dem Kampf nach Möglichkeit nichtorganisierte Arbeiter zu berücksichtigen sind. Um festzustellen, wer nicht organisierter Arbeiter ist, wird, wie bei den Profuturisten, eine Kontrolle durch Eintragung befohlen; die „eingeschriebenen Arbeiter“ sollen im Fall einer Aussperrung von der Fabrikantenvereinigung ausgehalten werden, und zwar ist der Judaslohn für diese eble Sorte von Arbeitern bereits im Statut fixiert. Es sollen erhalten:

der männliche Arbeiter	2,50 Mk.
der weibliche Arbeiter	1,50 „
der männliche Arbeiter unter 18 Jahr	1,25 „
der weibliche Arbeiter unter 17 Jahr	1,— „
Väter und Mütter erhalten außerdem für jedes Kind unter 14 Jahren noch täglich	0,20 „

Auf diese Weise denkt sich das Unternehmertum eine

Sprengkolonne aus Arbeitswilligen zu unterhalten, die im Kriegsfall ihren Arbeitsbrüder in den Rücken fallen sollen. Der alte, schöne Erbe der Bourgeoisie, das Lumpenproletariat gegen die kriegswichtige Arbeiterschaft auszuspielen, tritt hier in einer neuen, originellen Gestalt auf.

Die bedeutungsvolle Seite des Entwurfs liegt jedoch nicht in diesen Nichtwürdigkeiten, sondern in der Proklamierung des Krieges über das Privateigentum des einzelnen Unternehmers. Sobald der Kriegszustand in einer einzelnen Fabrik, an einem entlegenen Ort erklärt ist, tritt der Unternehmer von der Leitung seines Geschäfts zurück und überläßt seine Funktionen als „Produktionsleiter“ einer namenlosen Kommission, einem revolutionären Wohlfahrtsausschuß. Gleichzeitig muß sich jeder andere Unternehmer der Branche gefaßt machen, von dieser Kommission zur Entlassung von bis zu 70 Proz. seiner Arbeiter kommandiert zu werden, bei Strafe des Ausschlusses und Boykotts durch den Verband. Die Entschädigung für den Betriebsausfall wird ihm ja tarifmäßig angewiesen. Der Ausschuß erhält dadurch eine ungeheure Macht, ein fast unbeschränktes Verfügungsrecht über alle Betriebe der Branche, und da im Ausschuß stets nur solche Unternehmer sitzen werden, die auf Grund ihrer finanziellen Ueberlegenheit uneigennützig auf alle Ansprüche an den Verband verzichten können, so bedeutet dieser Entwurf eine Konfiskation der kleineren und mittleren Betriebe durch die Großen, eine Expropriation des Privateigentums der „Herren im Hause“ durch die Obersten der Expropriateure. Die Unternehmer sind nicht mehr Eigentümer, sondern nur noch Verwalter ihrer Betriebe; sie werden im Kriegsfall zugunsten der Souveränität des Großkapitals „mediatisiert“.

Gelingt ein derartiger Zusammenschluß des Arbeitgebertums, so wird er, unbewußt und ungewollt, ein mächtiger Hebel zur Umgestaltung unserer ganzen privatrechtlichen Einrichtungen werden, und die Rache für Krimmitschau wird zuletzt auf ihren eigenen hochweisen Urheber zurückfallen.

Soziales und Parteiliches.

Streiks und Lohnbewegungen. Der Schriftgießereistreik in Leipzig wird noch immer mit Hartnäckigkeit weitergeführt. Von den Arbeitern sind bisher so gut wie keine vom Streik abgegangen, die Arbeitgeber haben indessen alle Vergleichsvorschläge abgelehnt, die von dritter Seite gemacht worden sind. In den Schriftgießereien in Leipzig sind jetzt fast nur ungelernete Arbeiter beschäftigt, die eine weniger gute Arbeit liefern, und deshalb ist der Streik auch für die Arbeitgeber von schwerem Schaden. — Die Maler in Hannover sind in eine Lohnbewegung eingetreten. Sie fordern bei neunstündiger Arbeitszeit einen Stundenlohn von 50 Pfg. für Gehilfen und 40 Pfg. für Hilfsarbeiter. Die Meister sind ersucht worden, sich bis zum 1. März ds. J. über ihre Stellungnahme zu den Forderungen zu äußern. Neigung zur Bewilligung haben sie nicht.

Bei der Gewerbegerichtswahl in Schweidnitz (Schlesien) siegte die Liste des Gewerkschaftskartells mit 375 Stimmen gegen die der vereinigten Christlichen und Hirsch-Dunderschen, auf welche sich 224 Stimmen vereinigten.

Generalversammlungen. Der zweite Verbandstag des Verbandes der Fleischer und Berufsgenossen Deutschlands findet am 3. und 4. April in Hamburg, Tützes Etablissement, statt. — Die fünfzehnte Generalversammlung des Verbandes deutscher Bergarbeiter findet zu Pfingsten 1904 in Stadthagen statt.

Eine außerordentlich starke Rückwanderung von Arbeitern und ganzen Arbeiterfamilien macht sich schon seit Monaten zwischen Newyork und den mittelländischen Häfen bemerkbar. Diese Erscheinung ist eine Folge der weitverbreiteten Arbeitslosigkeit, die jetzt in vielen In-

Im Fenster.

Roman von Friedrich Gerstäcker.

60. Fortsetzung.

Schon auf den ersten Stufen hörten sie indes eine bestige Stimme, die jedenfalls einer Dame angehören mußte, und Hans faßte Dürbeds Arm und hielt ihn für kurze Zeit fest.

„Aber, mein gnädiges Fräulein,“ sagte jetzt eine sanfte, beschwichtigende Stimme, „ich habe die letzte Nacht lange bis nach Mitternacht gearbeitet und mußte es endlich aufgeben, weil mich meine Augen zu sehr schmerzten — ich bin auch heute Morgen seit Tagesanbruch wieder dabei, aber nicht im Stande, es zu erzwingen.“

„Das glaub' ich,“ sagte die vorherige leisende Stimme, „wenn Sie über Tags Herrenbesuch empfangen, so wird es mit der Arbeit nicht viel werden! Wenn ich aber mein Geld zahle, so verlange ich auch meine Arbeit getan zu haben!“

„Aber Sie haben mich noch nicht einmal bezahlt,“ sagte die erste Stimme wieder, und der Ton schien etwas gereizter — „ich hat Sie schon zweimal um eine kleine Abschlagssumme —“

„Und wollen Sie auch noch unverschämte sein!“ kreischte die erste Stimme — und Hans war jetzt mit drei Sägen oben an der Treppe. Die sehr hörbaren Schritte hatten aber dem Hans ein rasches Ende gemacht. Hans sah nur noch, wie eine schlanke Frauengestalt über den Gang huschte und die Bewegung der nach oben führenden Treppe erreichte, während die andere Dame — es war Flora von Ringenbrück — ebenfalls in ihre Etage hineinglitt und die Tür hinter sich schloß.

Hans blieb einen Moment oben an der Treppe stehen; als ihn aber Dürbed, der ihm langsamer gefolgt war, jetzt erreichte, sagte er: „Höre, Bernhard, hier hat eben ein kleiner

Streik stattgefunden; die jungen Damen scheinen erregt, und ich fürchte fast, wir haben keine passende Zeit zu unserem Besuch gewählt. Ich muß Dir auch gestehen, daß ich gerade jetzt kein besonderes Bedürfnis fühle, der Familie meine Aufwartung zu machen.“

„Wie Du willst, Hans; mich zieht es auch nicht hinein“ — und wieder umwendend, verließen sie das Haus.

20.

Eine Photographie.

Die Promenade um Rhodenburg bildete eigentlich den Mittelpunkt der Stadt, denn es war außerordentlich viel Fleiß darauf verwendet und das Ganze selbst mit vielem Geschmack angelegt worden. Ueberall, wohin auch das Auge fiel, sah man geschickt arrangierte Bosquets der verschiedenartigsten Bäume, und Alles so trefflich zusammengestellt, daß jede einzelne Gruppe auch ein kleines Bild gab. Bald offen, bald durch dichtes Gebüsch versteckt, zog sich der Weg da hindurch, und selbst an den heißesten Sommertagen konnte man hier überall Schatten finden.

Diese Promenade wurde auch von den Bewohnern von Rhodenburg außerordentlich fleißig benutzt. Sie war fast nie leer von wenigstens einzelnen Spaziergängern, denn selbst bei schlechtem Wetter konnte man unter dem Schutze der Bäume trocken und angenehm seinen Weg verfolgen. Heute, bei freundlichem Sonnenschein, lebte und webte es von gepuhten Menschen; es war Sonntag, und jetzt, nach dem Mittagmahl des Bürgerstandes, etwa um ein Uhr passierten Hunderte teils herüber und hinüber, teils zogen sie sich den nächsten Toren zu, um dort verschiedene vor denselben gelegene Vergnügungsorte aufzusuchen. Alle diese hielten sich aber zumeist auf der Hauptpromenade, die einen breiten, beschatteten Weg um die Stadt bildete, während die inneren Wege weit weniger besucht schienen. Heute, als an einem Sonntag, lag aber nicht vielen daran, sich nur mit einem kurzen Spaziergange in der unmittelbaren Nähe der Stadt

zu begnügen; sie wollten weiter und wählten dazu natürlich den kürzesten Weg.

Nichtsbefwunderlicher fand man aber doch auch in den Seitengängen überall Lustwälder, vornehme und geringe, aus dem Abels, wie aus dem Handwerkerstande, und selbstverständlich schlenderte auch viel Militär dazwischen herum.

Zwei große, stattliche Herren, die ein Offizier eine Strecke lang begleitet hatte, betraten jetzt, gerade als sich der letztere von ihnen verabschiedete, einen der beschatteten Gänge und schienen selber diesen stilleren Platz gesucht zu haben.

„Gott sei Dank, daß uns der langweilige Peter verlassen hat!“ sagte Herr von Schaller — denn er und Graf Rauten waren die beiden Spaziergänger —, indem er den Arm seines Begleiters nahm und ihn den schmalen Gang entlang führte. „Das weiß doch der liebe Gott, was für schauerliches, totmachendes Volk auf der Welt herumläuft! Hat nun der Mensch in der ganzen letzten Viertelstunde auch nur ein anderes Wort gesprochen, als von seinem verfluchten Goldsack? Was geht uns denn das Dreck an, mit dem er sich hat anschnitern lassen?“

„Eben weil er das selber fühlt,“ lächelte Graf Rauten, „hammert er sich noch an die Möglichkeit an, Jemanden zu finden, der den Wert seines Pferdes zu erkennen weiß — oder wenigstens so tut.“

„Sassen wir den Patron,“ brach Schaller, dem andere Dinge im Kopf lagen, kurz ab. „Rauten, ich sage Ihnen, ich bin hier in Rhodenburg in eine Sackgasse hineingeraten, und wenn ich nicht bald Hilfe bekomme, so geht die Geschichte faul!“

„Mein lieber Schaller,“ sagte Graf Rauten achselzuckend, „Sie wissen, daß ich Alles getan habe, was in meinen Kräften stand, um uns Beide rasch an's Ziel zu führen, denn in meinem Interesse liegt es noch weit mehr, als Sie überhaupt ahnen können. Aber war es denn möglich? Meine sehr lebenswürdige, aber sehr hartköpfige Schwiegermutter in spe ist nun einmal von ihrer verrückten Idee nicht

buftien der Vereinigten Staaten anzutreffen ist. Der österreichische Generalconsul hat berichtet, daß aus New-York seit dem vorigen Herbst mehr als 30 000 Oesterreicher und Italiener den Weg nach der Heimat wieder angetreten haben.

Die Einwanderung italienischer Arbeiter nach Deutschland scheint in diesem Jahre ausnahmsweise groß zu werden. Während die Italiener, die kurz vor Weihnachten in ihre Heimat ziehen, sonst erst im März oder April zurückkehren pflegen, hat die Einwanderung diesmal schon im Januar begonnen. Allwöchentlich kommen Tausende Südländer in Konstanz mit Extrazügen und Extrazugmaschinen von Bregenz an, um sofort die Weiterreise nach den verschiedensten Plätzen Deutschlands anzutreten.

Die Diamantarbeiter in Amsterdam sind ausgepeert worden. Weil sie die Forderung der vereinigten Juweliere und Fabrikbesitzer, für dieses Jahr ohne weiteres 750 Lehrlinge für die Diamantfeilefabriken zuzulassen, ablehnten. Die Arbeiterorganisation, welche das Fach für Lehrlinge sechs Jahre lang geschlossen gehalten hat, war bereit, eine gewisse Zahl Lehrlinge zuzulassen, doch nur, wenn das Bedürfnis nach mehr Arbeitskräften im Diamantgewerbe nachgewiesen würde. Die Juweliere gingen darauf nicht ein, sie wollten auch von dem Neumstandtag, den die Arbeiter fordern, nichts wissen. Die Arbeiter, deren Organisation sich schon in manchen schweren Kämpfen bewährt, sind auf einen langwierigen Kampf gerüstet. Nur acht Fabrikanen haben ihre Werkstätten nicht geschlossen, sondern sie der Arbeiterorganisation zur Verfügung gestellt. Weiter gibt es eine Anzahl Juweliere, welche nicht Mitglieder der Fabrikantenvereinigung sind und gern weiter arbeiten lassen. Dadurch bleiben etwa 2000 Mann in Arbeit, während 5000 bis 6000 ausgesperrt sind.

Ein Streifbrecherthypus. In Straßburg wurde der Zimmermann Blattner zu 4 Jahren Zuchthaus wegen schweren Diebstahls verurteilt. Blattner war schon mehrmals vorbestraft. Er ist einer der Burken, die während des Zimmererstreiks im vorigen Sommer zu den Arbeitswilligen gehörten. Er ist auch der richtige Typus eines solchen. Während des Streiks trat er in Arbeit, um nach dessen Beendigung wieder anzuhören und sein diebstahliches Handwerk, welches ihm nurmehr die schwere Strafe einbrachte, weiterzutreiben. Wegen Bedrohung dieses Arbeitswilligen und auf die Fingerringe dieser Kreatur hin wurde letztendlich ein unbescholtener Zimmerer zu 2 Monaten Gefängnis verurteilt. Blattner soll auch, während er den Säuer vor Gericht leistete, nicht wehr im Besitze der bürgerlichen Ehrenrechte gewesen sein. In einem weiteren Fall trat dieser Heulle gegen 4 Zimmerleute, die wegen Streikbrechens angeklagt waren, als Hauptzeuge auf. Der vorstehende Fall kennzeichnet so richtig die Kreisläufe, die arbeitswillige Arbeiter, die im Kampfe um ihre wirtschaftliche Befreiung ihre Interessen gewahrt haben, ins Gefängnis bringen. Das die Arbeitswilligen im Vohalarbje mit das Beispiel wieder zeigt, meist moralisch sehr niedrig stehen, darüber ist sich die organisierte Arbeiterschaft längst klar.

Der sechste Kongress der sozialistischen Partei Frankreichs (Jaureßisten). Der dritte Verhandlungstag begann mit einem Bericht Stuwands über das Kommanalprogramm, das die sozialistischen Bürgermeister und Gemeinderäte beschließen haben. Der Bericht und das Programm wurden akzeptiert. Nach einem Bericht des Genossen Nadi über die Frage der sozialistischen Einigung, sprach der Kongress dem Wunsch aus, daß die Föderationen sich für die Vereinigung interessieren. Die Frage der obligatorischen Schiedsgerichte bei Streiks (Roussin Willeram) wurde an die Föderationen zur Meinungsäußerung zurückverwiesen. Das interföderale Komitee wurde beauftragt, dem nächstjährigen Kongress ein Projekt zur Gründung einer eigenen Zeitung zu unterbreiten. In der Nachmittags-sitzung begann die Beratung über die Statutenänderungen. Die Kommission unterbreitete einen fertigen Entwurf mit Ausnahme der §§ 22 und 23, die am nächsten verlesen sind, und über die noch beraten wird. Der Entwurf der Kommission wurde mit geringen Modifikationen angenommen. Danach ist unter anderem bestimmt, daß Kandidaten zum Parlament und zu den Nationalräten eine dreijährige Parteizeit durchzumachen haben; jedoch sind den lokalen Organisations-Ausschüssen Ausnahmen gestattet. Bei Kommunalwahlen sollen die Kandidaten das Programm der Partei vertreten, soweit dies in der betreffenden Gemeinde anwendbar ist. Sodann gelangte eine Resolution zur Annahme, in welcher sich der Kongress für die

Wahl mit proportioneller Vertretung ausspricht. In der Nachmittags-sitzung begann die Diskussion über die kritischen §§ 22 und 23. Die Kommission legte folgenden Entwurf vor: § 22. Das interföderale Komitee hat die Verwaltung der Partei, die Organisation der Propaganda und der Aktion zu leiten. § 23. Die politische Leitung der Partei wird unter Kontrolle der Nationalkongresse von dem Nationalrat, welcher vom interföderalen Komitee und der parlamentarischen Gruppe zu bilden ist, ausgeübt. Der Nationalrat tritt mindestens bei Beginn jeder ordentlichen und außerordentlichen Parlamentssession zusammen und in Dringlichkeitsfällen auf Einladung der Sekretäre beider Gruppen. Die Abstimmungen werden mit Stimmenmehrheit gefaßt. Die Beschlußfähigkeit ist erst dann erreicht, wenn die Hälfte der Mitglieder beider Gruppen anwesend ist. Ist die Beschlußfähigkeit nicht vorhanden, so wird die Entscheidung vertagt. In dieser zweiten Sitzung genügt die Anwesenheit der Hälfte plus ein Mitglied, um die Abstimmung zu einer gültigen zu machen. Die Mitglieder der Parlamentarischen Gruppe können im interföderalen Komitee nur die Föderation vertreten, die sie gewählt haben. Die Fraktionsmitglieder haben im interföderalen Komitee nur je eine Stimme. Die übrigen Punkte beziehen sich auf die Berichte und die Sitzungen des interföderalen Komitees. Um Mitternacht gelangte das Statut in obiger Fassung einstimmig und unter großem Jubel zur Abstimmung. — Nach einem Bericht Jaures wurde ein Manifest gegen den Krieg angenommen.

Ein sozialistisches Manifest gegen den Krieg. Der französische Allgemeine Arbeitsbund (Confédération Générale du Travail) hat ein Manifest an die Arbeiter und an die öffentliche Meinung erlassen, das sich gegen den Krieg wendet. Es heißt darin: „An tausend Anzeichen läßt sich erkennen, daß die Presse in Frankreich die öffentliche Meinung durch tendenziöse Nachrichten zu gunsten einer nicht zu rechtfertigenden Intervention präparieren will. Es hat den Herrschenden gefallen, zum Schutze der kapitalistischen Interessen Allianzen zu schließen, ohne die Arbeiter zu fragen. Wir Proletarier sollten uns damit befassen, in den Krieg zu ziehen, um Maßstab zu ermöglichen, sich der Mandatschrei und Korea zu bemächtigen, wie es sich Polen und Finnland bemächtigt hat. Wir haben unsomehr Recht, unsere Stimme zu erheben, als die Proletarier sind, die zu kämpfen und die die Kriegstötten zu bezaubern haben. Die Arbeiter protestieren gegen den Krieg, der ihnen als Verbrechen an der Majestät der Menschheit erscheint. Sie protestieren auch darum gegen den Krieg, weil er die humanitären Gefühle stärkt und den Geist der Befreiung, der in der russischen Arbeiterschaft lebt und die Autokratie bedroht, schwächen könnte. Sie protestieren auch gegen den japanischen Imperialismus, der den Krieg entzündet hat. Das offizielle Japan und Rußland repräsentieren beide die Barbarei, die kapitalistischen Interessen und die Ausbeutung. Die französischen Arbeiter werden keine Intervention zulassen. Diese Haltung ist die einzige, die die in allen Ländern gleichen Arbeiterinteressen erlaubt.“ Das Manifest schließt mit der Aufforderung an alle Arbeiterorganisationen, für imposante und wirksame Protestbewegung die energischste Agitation zu entfalten.

Aus Nah und Fern.

Kein Attentat, sondern Angst vor der Heirat. In Burg bei Magdeburg, so hieß es kürzlich in den Zeitungen, wurde auf dem Geschäftsführer der Schuhfabrik Tad u. Co, Herrn Ziewi, ein Attentat verübt. Natürlich sollten Arbeiter die Täter gewesen sein. Wie nun vom Inhaber der Schuhfabrik Konrad Tad u. Co. in Burg mitgeteilt wird, ist dessen Angefallter Ziewi nicht überfallen worden, wie er behauptet hat, sondern er hat sich die Schuhwunden selbst beigebracht, wie gleich vermerkt wurde, und die ganze Erzählung von dem Ueberfall erfunden. Dies wird auch dadurch bestätigt, daß sich an der Wundung des Revolverlaufs Blutflecke und Stofffasern von der Kleidung befanden haben sollen. Befandete nur eine untergeordnete Stellung in der Fabrik und war keineswegs Geschäftsführer, wie von einer Seite behauptet worden ist. Das Amtsblatt von Burg teilt noch mit, daß die Selbstverwundung aus Furcht vor seiner Verheiratung mit einer Dame aus Salzwedel geschehen sei. Das sich bewegen einer ins Bein schießt, kommt nicht alle Tage vor.

Rebel und Christus. In unserem pfälzischen Bruderkreis lesen wir unter Ebenleben: „O Josef, mir

grant vor Dir!“ mag wohl mancher fromme Zentrumsmann denken, wenn er so recht tiefinnig vor dem Schaulen des katholischen Vereinstüblers Josef steht. Denn welcher gräßliches Bild bietet sich dort seinen Augen: zwei prächtige Christusbilder rechts und links und in der Mitte — o Jammer! — das große Bild des Exrevolutionärs Bebel. — So ändern sich die Zeiten!

Eine neue Zuckerpflanze, die 20mal mehr Zucker enthält als das gleiche Gewicht an Zuckerrüben oder Zuckerröhre, ist im landwirtschaftlichen Institut von Paraguay chemisch untersucht worden. Der Zucker kann für alle Zwecke der Küche gebraucht werden. Die Pflanze ist ein strauchartiges Gewächs, das kaum einen Fuß Höhe erreicht und den Botanikern unter dem Namen Eupatorium rebandium bekannt ist. Sie gehört zu derselben Gruppe wie unser deutscher Wasserdost oder Wasserhanf.

Ein großer Berggruß hat in dem rheinländischen Kettig stattgefunden. Zwei Häuser sind infolge des Berggrußes eingestürzt, mehrere andere, darunter die bekannte Kettiger Mühle, gefährdet. Die Eigentümer sind gegenwärtig kaum imstande, ihr Besitztum an Grund und Boden festzustellen, derart sind weite Strecken des Dorfes übereinander geschoben. Am letzten Donnerstag trafen mehrere Regierungsvertreter ein, um die Verwüstungen in Augenschein zu nehmen.

Neues Fischbein. Fischbein steigt seit einigen Jahren ständig im Preise. Der Rekord wurde vor kurzem in Dundee erreicht, wo die Tonne zu 60 000 Mt. verkauft wurde. Diese ständig zunehmende Knappheit des Fischbeins erklärt sich daraus, daß die Grönlandwale, die es liefern, wie der amerikanische Walf gejagt wurden, bis ihre tatsächliche Ausrottung nur noch eine Frage der Zeit zu sein scheint. Das Fischbein wird nur von den Oberkiefern dieser Seeungeheuer geliefert, die Grönlandwale liefern je 1600 bis 1800 Pfund, während ein alter männlicher Wal manchmal bis zu 3000 Pfund liefert. Von dem Böttwal in den südlichen Meeren wird kein Fischbein gewonnen. Fischbein wird hauptsächlich zur Fabrikation seiner Korsetts, zu Tailleneinlagen teurer Kleider und Reispelischen gebraucht. In Großbritannien wurde es auch viel bei der Fabrikation gewisser Bürsten gebraucht, aber der Gebrauch zu diesem Zwecke ist wegen seiner Seltenheit sehr zurückgegangen. Etwas wird auch für chirurgische Instrumente gebraucht. Der billige Ersatz für Fischbein ist diesem sehr untergeordnet. Ein Ersatz dafür wird aus den Knochen des Geflügels hergestellt, wobei die Knochen gespalten und zu einer Art Band gewoben werden. Andere Ersatzmittel sind Zellulose, dünne Stahlstücke zwischen zwei Streifen Zellulose, chemisch behandelte Schlachthaut und Rinderhörner, die ausgeglättet und in Streifen geschnitten werden.

Ein Künstler unter den Vögeln ist der sogenannte Schneidervogel (Orithotomus), der in ganz Indien lebt, so weit irgendwo Bäume vorhanden sind. Vorzugsweise hält er sich in mittelhohen Wäldern, aber auch in Gärten und Büschen auf und erwidert sich mit seiner Zutraulichkeit, seiner hübschen Stimme und seiner Beharrlichkeit im Verzehren von allerhand Insekten überall das Wohlwollen der Menschen. Im übrigen, wie gesagt, ist er ein Künstler unter Seinesgleichen, wenn man bei einem Vogel das Kunst nennen darf, was bei einem Menschen nur als Handwerk gilt. Die Erlaubnis dazu wird wohl schon dadurch gegeben, daß der Vogel der Hände entbehrt und infolgedessen, abgesehen von der geringen Intelligenz, Verrichtungen, wie wir sie mit den Händen machen, nur mit viel größerer Mühe ausführen kann. Der Schneidervogel hat, wie Unkel Präfing sich ausdrücken würde, den Namen mit der Tat, aber eigentlich kann er mehr als ein Schneider. Er weiß nicht nur zuzuschneiden und zu nähen, sondern er kann auch spinnen und weben, indem er rohe Baumwollfasern für seine Zwecke in richtige Fäden zu weben vermag. Mit diesen Fäden näht er seine Nester und zwar bebient er sich zum Zeug des nächstliegenden Materials, nämlich der Baumblätter. Aus ihnen verfertigt er einen Sack, indem er die Blattränder mit so schönen Stichen zusammennäht, wie sie irgend ein Schneider oder eine Näherin nicht besser machen könnte. In die Föhlung baut er dann das Nest für seine Jungen. Selbstverständlich sucht er sich als Wohnort Pflanzen mit recht großen und kräftigen Blättern aus. Zum Bau des Nestes verwendet er alles Mögliche, am liebsten Baumwolle, aber auch wirkliche Schafwolle, ferner Koffhaare und, wenn dies durchaus nichts anderes finden lassen will, auch bloße Pflanzenfasern. Das Nähen geschieht seitens des Vogels, wie man sich denken kann, in der Weise, daß er zunächst mit der Schnabelspitze Löcher in die Blattrinde macht und dann den Faden durch sie hindurchzieht.

abzugeben, und was kann ich tun, als eben den Zeitpunkt geduldig zu erwarten? Daß ich dabei ein Kopfen habe, werden Sie mir glauben, wenn ich Ihnen all die Einzelheiten so genau erzählen konnte.“

„Die Frauen haben kein den Teufel im Leibe!“ rief Schaller mit einem halb verächtlichen Lächeln zwischen den Lippen — „meine Alte ist genau so; aber das ist mir ein höchstlicher Streich durch die Nase.“

„Aber, lieber Schaller,“ sagte Graf Kanten, „Sie haben doch den Teufel von Anfang an gekannt und waren vollständig damit einverstanden.“

„Was ich die Zwischenspiele nicht berichten konnte,“ rief Schaller, „ist, daß ich eher gerade, als ob die Hölle los wäre, denn jeder Tag bringt ja ein Abenteuer, und ich kann die Abenteuer nicht so lange nicht hinübersehen, wenn nicht bald Hilfe kommt. Was es nur möglich wäre, wäre, daß ich ein Teufel bin.“

„Das ist eben nicht möglich, lieber Schaller,“ sagte Graf Kanten sehr ruhig und bestimmt. „Aber was ist denn an dem Teufel? Ich habe keine Sorgen in der Stadt, Selber habe ein höchstliches Glück empfinden.“

„Aber,“ sagte Schaller, „ich bin nicht einverstanden, nicht unzufrieden, daß ich etwas davon weiß — möchte auch wissen, wie! Das Mittel hat ihn jedoch so sehr beherrscht, daß er in ihrer Nähe schrecklich eine Schamhaftung empfinden haben; wenn Sie aber über die Sache nicht dabei werden. Ich habe auch meinen Verstand,“ sagte er zwischen den zusammengehörigen Fingern durch, „aber gerade der Teufel, wenn ich darüber Schamhaftung empfinde!“

„Was ist es?“

„Nichts — nichts, das wenigstens mit meinem Schicksal in Beziehung steht,“ sagte er sich selber sehr ruhig so

trübt. Bis wann ist also endlich dieser verzeihliche Tag, der Sie, Kanten, zum Glücklichen der Sterblichen machen soll?“

„An sechsundzwanzigsten.“

„Beizehe noch vierzehn Tage — es ist rein zum Verzeihen! Und Sie wissen bestimmt, daß an dem Tage Alles arrangiert wird?“

„Gewiß weiß ich das, denn ich reife noch an dem nämlichen Abend mit meiner Frau ab.“

Schaller schritt nachdenkend eine Weile neben dem Grafen hin.

„Stückchen der Sterblichen,“ murmelte er dabei in einer Art von Selbsterregung, „wer das verfluchte Wort nur erstanden hat — Glücklichen der Sterblichen! Wenn ich dabei meine Kommande ansehe — No — ja — man — de — welcher wahnsinnige Hering die Idee gehabt hat, meine Gottin Kommande zu taufen; und mit dem Namen läuft sie nun den ganzen Tag herum und ärgert mich jedesmal, wenn ich daran denke!“

Graf Kanten lachte. „Sie meinen sich in eine Art von Dohle und Gipsmischung hineingerichtet zu haben.“

„Das ist auch,“ brummte Schaller, „und verdammt gute Ursache dazu; denn wenn einem das Feuer dermaßen auf den Nagel brennt, und man kann die Hände nicht weggeben, so ist das eine jämmerliche Sache.“

„Aber, lieber Freund, das Ganze handelt sich jetzt nur noch um zehn Tage, das ist Alles, und es wird Ihnen doch schließlich nicht so schwer werden, die kurze Zeit noch zu überleben — und dann, wissen Sie, sind Sie geborgen.“

„Kanten, ich trau Ihnen auch nicht,“ sagte Schaller, der plötzlich der Idee gefaßt war, plötzlich heraus.

„Sie sind wirklich zu menschlich!“ lachte der Graf. „Und

habe ich Ihnen schon je die geringste Veranlassung gegeben, mir zu misstrauen?“

„Nein,“ sagte Schaller, „das haben Sie, so lange ich Sie kenne, nicht.“

„Also wozu die Ungerechtigkeit? Seien Sie vernünftig, Schaller; je älter man wird, desto rascher fliegen die Tage. Die anderthalb Wochen werden herumgehen, ohne daß wir wissen, wo sie geblieben sind, und alle Forderungen, die an Sie in der Zwischenzeit gemacht werden, ist es wahrlich kein Kunststück, auf eine Woche hinaus zu schieben.“

„Aber wissen Sie auch, Kanten, wie lange ich schon auf diese Art geschoben habe?“ sagte der Baron. „Bei Gott, die Arme um mir weh!“

„Sie sind ein komischer Kauz, Schaller,“ lachte Kanten; „aber Sie haben jedenfalls Talent, und deshalb zweifle ich auch gar nicht, daß Sie schließlich doch noch reussieren müssen.“

„Den Teufel auch!“ sagte der Baron — „Talent? Ja, vielleicht haben Sie Recht, aber ein so unglückliches, daß ich nur immer für andere Leute arbeite.“

Er warf sich dabei auf die nächste Bank — er war müde geworden — und rügte den Kopf auf die Lehne derselben. Kanten, mit seinen eigenen Gedanken vielleicht ebenso voll beschäftigt, nahm auf der andern Seite Platz, und eine Weile saßen die beiden Männer schweigend neben einander. Plötzlich horchte Schaller auf; dicht hinter der Stelle, wo sie saßen, und davon nur durch ein dichtes Bosquet geschieden, führte ein anderer Weg durch die Anlagen, der ebenfalls von dem nächsten offenen Plage ausging, mit diesem Pfad eine lange Strecke parallel lief und dann mehr nach rechts ausbieg, um später in einer andern Richtung auszumünden. (Fortsetzung folgt.)